

# Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.  
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.  
Redaktion und Verwaltung: Prag II., Královská 15 • Telefon: 26703, 31400 • (Nachabteilung): 26707 • Postfachamt: 37544

11. Jahrgang. Freitag, 13. November 1931 Nr. 264.

## Die Parteiführer bei Udrzal. Aussprache über das weitere Arbeitsprogramm.

Prag, 12. November. Wie die „Prager Presse“ meldet, fand heute beim Ministerpräsidenten eine Aussprache mit den Führern der Koalitionsparteien statt, die sich vor allem mit dem Arbeitsplan der Regierung und mit den Vorschlägen des Finanzministers in Sachen der Budgetwirtschaft und des Staatsvoranschlags überhaupt beschäftigte.

Die Aussprache sei schon mit Rücksicht auf Umfang und Tragweite der erörterten Vorschläge zu keinem definitiven Abschluß gekommen. Den Verhandlungen sei noch ein breiter Spielraum eingeräumt, weil das Parlament bis Ende des Monats noch mit dem Budget beschäftigt ist und infolgedessen noch Zeit genug sein werde, die nötigen Vorarbeiten für die weitere Parlamentssession zu treffen.

## Hopfenabkommen mit Deutschland.

Vertragszoll von 70 Reichsmark für das  
zulässige Einfuhrquantum.

Berlin, 12. November. Die vor einer Woche aufgenommenen Verhandlungen zwischen der tschechoslowakischen und der deutschen Regierung über die Hopfenfrage haben heute zur Unterzeichnung einer Zufuhvereinbarung zu dem Wirtschaftsabkommen vom 29. Juni 1920 geführt. Darin hat Deutschland für den Auslandszoll, der nach den Bestimmungen der Verordnung über die Verwendung von Auslandszoll vom 21. August 1931 in diesem Braujahr noch verwendet werden kann, unter bestimmten Voraussetzungen einen Vertragszoll von 70 Reichsmark für den Doppeltzentner Hopfen zugesagt. Die Zufuhvereinbarung ist für die Zeit bis 31. August 1932 abgeschlossen.

Die beiden Regierungen haben sich vorbehalten, die Zufuhvereinbarung schon vor dem Austausch der Ratifikationsurkunden von einem noch zu vereinbarenden möglichst nahen Zeitpunkt ab vorläufig anzuwenden.

## Vorstandssitzung des IOB.

Berlin, 12. November. Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes tritt heute hier zu einer Sitzung zusammen. Anwesend sind der Vorsitzende Citrine-England, der stellvertretende Vorsitzende Joubaux-Frankreich, Mertens-Belgien, Leipart-Deutschland, Jacobson-Dänemark, Lavrel-Tschechoslowakei, Smit-Amsterdam, Generalsekretär Schoenels und Untersekretär Stolz. Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt im Zusammenhang mit dem Plan zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise die Aktion zugunsten der 40-Stundenwoche, das Programm der internationalen öffentlichen Arbeiten, die Kreditbeschaffung und die Arbeit des deutsch-französischen Komitees. Die Tagung dauert bis 14. November.

## Frankeids Budget für 1932.

Paris, 12. November. In der Kammer wurde heute der Budgetvoranschlag für 1932 verlesen, der nur für neun Monate ausgearbeitet wurde und dessen Gültigkeit sich auf die Zeit vom 1. April 1932 bis Ende 1932 erstreckt. Die Ausgaben sind mit 40.935 Millionen Franken und die Einnahmen mit 41.037 Millionen Franken präliminiert, so daß sich ein Budgetüberschuß von 102 Millionen Franken ergibt.

## Kein Schutzgesetz in Oesterreich.

Wien, 12. November. Wie die „Reichspost“ meldet, wurde der Plan eines neuen Republik-Schutzgesetzes fallen gelassen. Die Regierung soll sich nur auf die Novellierung des § 300 des Strafrechtsgesetzes beschränken, der die Herabwürdigung der behördlichen Verfügungen und Aufwiegelung gegen den Staat, Beschimpfung von Regierungsmitgliedern usw. behandelt. Die Novellierung soll durch Änderung des § 6 des Einführungsgesetzes zur Strafrechtsreform erfolgen und die Zuständigkeit des Schwurgerichtes aufheben. Die Abänderung des zitierten Paragraphen soll vom Ministerrat bereits genehmigt worden sein. Wahrscheinlich hat sich keine Möglichkeit gefunden, ein Gesetz nur gegen die Arbeiter zu machen.

## Japan besetzt die ganze Mandschurei?

Neues Ultimatum zwecks Räumung von Tschitar. — Protest Chinas in Genf.

Genf, 12. November. Der Vertreter Chinas, Dr. Sze hat den Präsidenten des Völkerbundesrates Dr. Brand heute dringend ersucht, sofort bei der japanischen Regierung vorstellig zu werden, weil infolge der aggressiven Haltung Japans schwere Kämpfe in der Mandschurei zu befürchten seien. In der chinesischen Note wird angeführt:

Am 12. November mittags hat die Provinzialregierung von Hailungkiang vom General Honjo ein Ultimatum erhalten, worin der General Ma, der Präsident der Provinzialregierung, angefordert wird, sein Amt niederzulegen und sofort Tschitar zu räumen. Die japanischen Truppen sind im Begriff, entlang der Eisenbahnlinie Taonan-Kuangangchi die Stadt Tschitar zu besetzen. Die chinesischen Truppen haben sich nach San Chion Jang Sze, 17 Meilen vom Bahnhof von Tschitar entfernt, zurückgezogen. Der Bahnhof ist im Augenblick in den Händen der Japaner.

Wenn die Japaner ihre Absicht, Tschitar zu besetzen, ausführen, so würde das eine flagrante Verletzung der dem Rat gegebenen Versprechen bedeuten und man müßte jeden Augenblick mit dem Ausbruch schwerer Kämpfe rechnen.

Shanghai, 12. November. (Reuter.) Nach einem japanischen Kommuniqué erhielt die chinesische Position in Kiangtshi neue Mannschaftsverstärkungen und Materialzufuhr. Ein Korps der chinesischen Kavallerie umgibt den japanischen linken Flügel. Es wird anerkannt, daß die Lage gefährlich ist.

## Japanische Märchen und Ansreden

Tokio, 12. November. Die Alarmglocke, daß russische Abteilungen der Armee

des Generals Maifschanshan in der Nordmandschurei unterstützen, erhalten sich weiterhin. So wird z. B. behauptet, daß eine Gruppe von 3000 Chinesen, Russen und Koreanern, die zur sogenannten internationalen kommunistischen Armee gehören, von Magowestschon nach Tschitar zieht. Offiziellen Depeschen zufolge scheint es, daß an diesen Gerüchten etwas Wahres sein dürfte, denn das japanische Kriegsministerium hat aus vertrauenswürdigster Quelle festgestellt, daß zwischen dem 6. und dem 12. November 15 Lastautomobile mit Waffen und Munition, die für den General Maifschanshan bestimmt waren, nach Kiangtshi gekommen seien.

Gestern abends spielte sich bei Kuntschulin, nördlich von Mukden, eine erbitterte Schlacht zwischen japanischen Truppen und Banditen (?) ab. 300 verlesene Banditen fielen den Japanern in die Hände, darunter auch eine Frau, die eine chinesische Uniform trug. Die Frau ist ihren Verletzungen erlegen. Bei dem Zusammenstoß wurden 50 Banditen erschossen.

## Wiedereinsetzung des Kaisertums?

Eine ganz ernsthafte Neutermeldung.

Shanghai, 12. November. (Reuter.) Aus Mukden und Neustan stammenden Meldungen aus chinesischer Quelle zufolge soll der gewesene Kaiser von China auf der Reise nach Mukden in Pairen eingetroffen sein. Es sollen bereits Vorbereitungen zur Wiedereinsetzung des Kaisertums getroffen und auch drachengeschmückte Fahnen vorbereitet sein.

## Deutsche Feigheit.

Die Professoren kriechen vor den  
Hitlerstudenten!

Dalle, 12. November. Als Ergebnis der gestrigen Sitzung des gesamten Lehrkörpers der vereinigten Friedrichs-Universität Dalle wird u. t. mitgeteilt, Professoren und Dozenten hätten dem Rektor und dem Senat ihr volles Vertrauen ausgesprochen.

Sie seien einig in der Ueberzeugung, daß die Studenten, obwohl sie falsche Wege gegangen seien, von reinen edlen Gefühlen der Liebe zum Vaterlande und zur Universität getrieben worden seien. Professoren und Dozenten erkannten weiterhin an, daß die Studenten aus Rücksicht auf das Wohl der Universität ihre Kampfweise geändert hätten und wählten diesen Entschluß zu würdigen.

Sie bedauerten tief die Vorgänge, die sich am 3. und 4. November in und vor der Universität abspielten. Durch die jetzige Haltung der Studenten sei die Grundlage wieder hergestellt, auf der Lehrer und Lernende im gegenseitigen Vertrauen die innere Gemeinschaft neu aufbauen könnten zum Wohle der Hochschule und des Vaterlandes.

## Die Internationale Transportarbeiter-Föderation fordert Koalitionsfreiheit für das ungarische Eisenbahnpersonal

Es ist allgemein bekannt, daß die Horthy-Regierung, die nach dem Sturz der Kaiserrepublik austrat, dem Eisenbahnpersonal die Koalitionsfreiheit heftig verweigert hat.

Allerdings ist für den ausländischen Gebrauch immer behauptet worden, daß die ungarischen Behörden das Organisationsverbot aufheben würden. Es sind dem Internationalen Arbeitsamt sogar Anfragen nach dieser Richtung hin gemacht worden, aber trotz den von der ungarischen Regierung abgegebenen Erklärungen haben einerseits die Verwaltung und andererseits die Polizeibehörden der praktischen Anwendung der Koalitionsfreiheit vorzuziehen gewußt. Daß sie dabei der offenen oder versteckten Zustimmung der Regierung sicher sein konnten, ist deutlich für jeden, der mit ungarischen Verhältnissen etwas

vertraut ist. Wenn man im übrigen die Berichte, welche das Internationale Arbeitsamt seitens der Koalitionsfreiheit veröffentlicht hat und denen die von der Regierung eingehenden Angaben zugrundegelegt worden sind, richtig liest, muß man zu der Schlußfolgerung gelangen, daß gewerkschaftliche Freiheiten in Ungarn für das Eisenbahnpersonal nicht besteht.

Im Moment versucht Ungarn, durch den Finanzaußschuß des Völkerbundes eine Anleihe im Auslande aufzunehmen. Die Internationale Transportarbeiter-Föderation hat nun an den Präsidenten dieses Finanzaußschusses mit der Bitte gerichtet, diesem Lande nicht zu helfen, solange Ungarn den Bestimmungen über die Koalitionsfreiheit in dem auch von ihm unterzeichneten Friedensvertrag zuwiderhandelt.

## Wirklich?

Prag, 12. November. Gegen Starohemberg wird wegen Verletzung der Verfassung und wegen Vergehens der Aufwiegelung und Herabwürdigung der behördlichen Verfügungen sowie Ausbeutung ungesetzlicher Handlungen ein Strafverfahren eingeleitet werden. Er wird vom Staatsanwalt wegen seiner Linger Rede, die er kurz nach seiner Freilassung gehalten und in der er die Regierungsmitglieder beschimpfte sowie seine Sympathie zu Premier zum Ausdruck gebracht hatte, verfolgt werden.

## Blutige Demonstration.

Lübeck, 12. November. Nach einer Erwerbslosenkundgebung, die heute Vormittag in den Zentralhallen abgehalten wurde, versuchten die Kommunisten trotz dem in Lübeck bestehenden Umzugsverbote im Innern der Stadt zu demonstrieren. Ein starkes Polizeiaufgebot versuchte die Demonstration auseinanderzubringen. Der Aufforderung der Polizei wurde jedoch nicht Folge geleistet, sondern ein Teil der Demonstranten griff drei Polizeibeamte an und schlug auf sie ein. Die Beamten mußten in der Notwehr zum Revolver greifen. Es wurde scharf geschossen. Dabei erhielt der 50 Jahre alte Schuhmacher Friedrich Schütt aus Lübeck einen Schlag in den Leib, an dessen Folgen er verstarb.

## Alma mater antiquissima . . .

Dornröschen schläft.

In seiner Rede zum Schulbudget hat Abgeordneter Genosse Schäfer auch den deutschen Hochschulen und ins besonders der deutschen Universität gedacht. Er hat sicher aus dem Herzen der großen Mehrheit der Studierenden gesprochen, wenn er dabei die Bürokratisierung des Hochschulapparates, die Schwerfälligkeit und schlanose Bedanterie der Hochschulfunktionen neben einer Reihe anderer Uebelstände beklagte und das Ministerium um Abhilfe ersuchte.

Die Alma mater antiquissima — die „älteste Universität“ — wie sich die Prager deutsche Universität, stolz auf ihre Ahnenerbe und ihre Tradition, zu nennen liebt, verdient leider diesen Namen in ganz anderem Sinne. Sie ist die antiquierteste Institution, die unser Volk in diesem Staate besitzt und das bedeutet leider eine empfindliche Einbuße an nationaler Lebenskraft. Die deutschen Hochschulen, vor allem aber die Prager deutsche Universität (vielleicht ist es bei der tschechischen nicht besser, aber das braucht uns weniger zu kümmern), schläft mitten im 20. Jahrhundert ihren Dornröschenschlaf, als hätte sich nichts geändert. Sie hat nur eine Haupt Sorge, ihren historischen Namen! Seit zwölf Jahren raust sie mit den Tschechen um den Namen eben der „antiquissima“, der Karlsuniversität, und erst vor wenigen Wochen hat der emeritierte Rektor Raegle in der ihm nahebestehenden Presse wieder einen empörenden Protestartikel von erstaunlichem Umfang und ebenso erstaunlicher Flachheit publiziert. Ob die Universität wirklich das geistige Zentrum des Suberendentschums, ob sie eine ernste Forschungsstätte, ob sie die Pflanzschule einer wirklichen Intelligenz, eine scharfe Waffe im Kampf um die deutsche Kultur ist — das liegt den Herren, wie es scheint, stachelgrün auf. Alles mag zum Teufel gehen, nur der Namen nicht! Im übrigen aber schläft die Alma mater und hätte sie ihren Sitz nicht in Prag, fern vom deutschen Land, so müßte ihr Schnarchen schon die Volksgenossen geweckt haben, die für ihr Steuergeld etwas mehr von der Universität verlangen könnten, als daß sie die Don Quixoterie ihres Namensstreites weitertreibt!

## Alma mater bürocratissima!

Die Universität erfüllt nur dann ihren nationalen Zweck, wenn sie keine ausschließliche Bildungsanstalt der besitzenden Klasse ist, sondern auch den Begabten aus den arbeitenden Schichten des Volkes geöffnet bleibt. Infolge der proletarischen Not kommt ja ohnehin nur ein geringer Bruchteil der Begabten aus Arbeiterkreisen, sicher nur noch die Hälfte der Begabten aus den kleinbürgerlichen Familien, dafür aber zahlreiche völlig Unbegabte aus den Reihen der oberen Zehntausend an die Hochschule. Was tun diese, um die Auslese zu verbessern? Nun, die Wahrheit ist, daß sie leider alles tut, die Auslese zugunsten der Unbegabten, aber Wohlhabenden, zu beeinflussen.

Noch immer haben wir den Zustand, daß die Befreiung von den Kollegiengebern an Bedingungen geknüpft ist, die scheinbar den „Tüchtigen“, in Wahrheit den Zahlungsfähigen begünstigen. Denn nur dieser kann alle Semester in Prag sitzen und so regelmäßig mitstudieren, daß er die vorchristlichen Kolloquien ablegen kann. Außerdem nimmt man bei den Entscheidungen über die Befreiung, die in weith Gott wieder Maschine erledigt werden, auf die Vermögensverhältnisse wenig Rücksicht. Aber das war nicht das schlimmste. Schlimmer ist, daß man die Studenten mit immer neuen Taxen belegt (neuerlich mit einer rätselhaften Taxe „für Vorbildungen“), daß man besonders bei den praktischen Fächern hohe Institutsbeiträge einhebt, und am schlimmsten ist, daß



die bürokratische und schikanöse Apparatur den Studenten ganz mutwillig Geld und Zeit raubt.

Stundenlanges Anstellen geht einer Audienz in der Dekanatskanzlei voraus, bei der man abgewiesen wird, weil dieses oder jenes Dokument noch fehlt. Neues Anstellen, neue Dokumente — daß der Herr Offizial von der Zahl der Dokumente einmal befriedigt wäre, kommt überhaupt nicht vor; bei jedem Tadel — mit Respekt zu sagen — ist das „persönliche Erscheinen“ nötig und statt einer Erledigung erhält man meist Grobheiten. Eine weltfremde, vom Größenwahnsinn geplagte Bürokratie ist dauernd damit beschäftigt, neue Schwierigkeiten zu ersinnen, das Einfache umständlich und das Komplizierte völlig unlösbar zu machen.

**Bakschisch.**

das ist das große Zauberwort, mit dem man im Reiche des deutschen „Idealismus“ so gut wie hinten tief in der Türkei alle Pforten öffnet. Die Trinkgelder, die der deutsche Student wohl oder übel den Herren Unterbeamten oder Beamten entrichten muß, und die eine notwendige Voraussetzung für das Gelingen seines Studiums, nötiger als alle Kenntnisse, sind, bedeuten für den Studenten eine Sondersteuer, die er meist vom Munde absparen muß, für gewisse Herrschaften, die sie einlassieren, meist ohne auch nur Muth zu sagen, bedeutet sie eine jährliche Sonder-einnahme, die nach Zehntausenden, ja man munkelt, oft nach mehr als Hunderttausend zählt. Testuren, Prüfungen, Praktika, nötige Unterschriften, Bestätigungen, all diese zum Teil überflüssigen, aber durch die Tradition geheiligten Einrichtungen sind mit der Sondersteuer eines Bakschisch von 10 bis 100 K belegt und barmüthig erbärt sich das Gerücht, daß in einem Institut sogar Tausende laffiert werden.

**Hohe Schule?**

Dabei würden den meisten Laien die Haare zu Berge stehen, wenn sie einmal die Kunde durch die Hörsäle machen, wenn sie gewissen Prüfungen beiwohnen könnten. Seit Jahrzehnten unveränderte Kollegen werden vorgelesen — jeder Papagei oder jedes Grammophon könnten es besser; vor einem Professor, der Unverständliches in den Bart mischelt, sitzen hunderte Hörer, die nichts hören, aber eben dastehen müssen, dort wieder geht einem der Schnabel wie eine Osterkarische und der Hörer sagt voraus, welcher Wis, welche Pointe, welche Platitude jetzt kommt, denn sie sind seit 15 Jahren überlieferter und wiederholen sich mit der Pünktlichkeit eines Uhrwerks. Da gibt es Prüfungen, bei denen statt der zu prüfenden Physiologie alles andere, was dem Herrn Professor Tischermad einfällt, geprüft und das Wissen um die Spezialmatrizen des hohen Herrn mit der „Auszeichnung“ belohnt wird. Die Ehrfurcht, die der Laie vor der Wissenschaft empfindet, wäre auf immer dahin, wenn er den Betrieb kennen lernte.

**Reform tut not.**

Hätten wir, was uns gebührt, die kulturelle Autonomie, das Recht, unsere

deutschen Schulangelegenheiten selbst zu ordnen, so wäre die Vertretung des studentendutschen Volkes der geeignete Ort, das so brennende Hochschulproblem aufzurollen. Solange wir solche Freiheit nicht haben, bleibt nur übrig, von der Obrigkeit Einsicht und Reform zu fordern. Die Einsetzung von Reformkommissionen, zu denen Praktiker der Medizin, der Rechtspflege, des Lehrfaches, Studenten aller Fächer und Parlamentarier beizuziehen wären, hätten die Kollegien- und Prüfungsordnungen der Universtät, die Verwaltung der Hochschulen zu überprüfen und Reformvorschläge zu erstatten. Eine möglichst

einfache, billige, reibungslose Verwaltung unter Beseitigung alles überflüssigen Klimbings, eine Verwaltung ohne Trinkgeldwirtschaft, Modernisierung des Lehr- und Prüfungsbetriebes, Erweiterung der Prüfungskommissionen, so daß die Monopole der Prüfer beseitigt werden, das wären dringende Aufgaben der Zeit. Prag hat tatsächlich die altertümlichste, die unmodernste deutsche Universtät. Das studentendutsche Volk hätte allen Grund, die Antiquität zum Teufel zu wünschen und seiner Hochschule den Ehrennamen der jüngsten, modernsten zu erwerben!

**Sensationelles über die Rüstungsinternationale.**

**Die Skodawerke unterstützen die Hitlerleute mit großen Geldspenden?**

**Der französische Abgeordnete Genosse Paul Faure behauptet das in einer Pariser sozialistischen Rundgebung.**

Genosse Paul Faure, der Generalsekretär der französischen sozialistischen Partei, hat dieser Tage in Paris in einer großen öffentlichen Rundgebung für Frieden und Abrüstung, eine Aeußerung getan — wir können uns vorläufig nur auf die „Prager Abendzeitung“ als Quelle berufen — die außerordentlich geeignet ist, die erhöhte Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf die Kriegstreiber und Kriegslieferanten zu lenken und die vor allem uns in der Tschechoslowakei besonders angeht, weil sie von einer finanziellen Verbindung zwischen den Skodawerken und den Hitlerleuten spricht, einer Verbindung, die abgrundtief in die weltgefährlichen Geschäfte des verlogenen Kapitalistischen Patriotismus und Nationalismus blickt.

Nach der Meldung des genannten Blattes erklärte Genosse Faure,

daß man den kriegerischen Geschäftsmachern, den Großhändlern in Kanonen und Beton das Handwerk legen müsse. Sie seien die hauptsächlichsten Unruhestifter, obwohl sie sich untereinander sehr gut verstehen. So habe einst der Industrielle Schneider-Krenzot, der damalige Chef der Firma, mit seiner ganzen Familie eine Nordlandsreise mit Wilhelm II. an Bord der Nacht „Hollenzollern“ unternommen und so unterstützt heute die tschechoslowakischen Skodawerke, an denen Schneider-Krenzot ebenfalls maßgebend beteiligt ist, die Hitlerleute mit großen Geldspenden. Wenn Frankreich einmal diese Missetäter der Menschheit kaltgestellt habe, werde es dem Frieden einen großen Dienst erwiesen haben.

So sehr es für uns feststeht, daß Paul Faure, einer der allerersten Führer der französischen Partei, diese Behauptung nicht aufgestellt hätte, wenn er nicht Beweiskräfte in der Hand hätte, so sehr wollen wir doch mit unserem Urteil zurückhalten, bis eine Aeußerung von autoritativer tschechoslowakischer Seite vorliegt. Diese Aeußerung müßte aber sofort erfolgen. Wir erwarten, daß von den Ministerien, die dieser Bericht über eine grandios-abscheuliche und absurd-abenteuerliche

Beziehung zwischen den Skodawerken und dem Holentkreuz angeht, und daß vom Ministerratspräsidium sofort eine eingehende Untersuchung eingeleitet werde, die diese Zusammenhänge zu durchleuchten hat! Und es wird wohl dafür sorgert werden, daß das Volk durch die Volksvertretung rasch gründlichst die genaue Wahrheit erfahre.

Der moralische Standpunkt wird noch peinlich erörtert werden — vor allem handelt es sich aber um die politische Seite der Angelegenheit: mit tschechoslowakischem Gelde die Hitlerleute unterstützen, hieße tschechoslowakisches Volksvermögen preisgeben für prinzipielle Feinde des republikanischen Gedankens, für die Totengräber des republikanischen Deutschland, für die Vorkämpfer der Knüppeldiktatur, hieße mithelfen, daß von schwerster Krise geschüttelte Deutsche Reich mit tschechoslowakischen Mitteln noch näher einer Katastrophe zuzutreiben. Und all dies doch wohl hauptsächlich, damit die tschechoslowakische Rüstungsindustrie floriere, der es wahrscheinlich gleichgültig ist, welche unabsehbare politische Folgen ein Hitlerregime auch für unser Land haben könnte und die höchstens noch darauf spekuliert, Rüstungskapital auch aus etwa dann geänderten Beziehungen zwischen dem Reich und der Tschechoslowakei zu schlagen. Man darf also hier sehr wohl an die Güter des Gesetzes zum Schutze der Republik appellieren und muß fordern, daß vor allem das Innenministerium sofort zum Rechten stehe.

In zweiter Linie wichtig, aber immer noch wichtig genug, wird sein, was die Hitlerleute selber zu diesen Enthüllungen zu sagen haben! Sie als Vertragspartner der Rüstungsindustrie zu sehen, kann niemanden überraschen und auch ihre Verbindung mit den tschechoslowakischen kriegerischen Geschäftsmachern kann nur den in Erstausen setzen, der noch an der unübersteiglichen Struppellostigkeit, Charakterlosigkeit und an dem verbrecherischen Wesen der Holentkreuzerbewegung gepörselt hat! Wer aber eine richtige Vorstellung von diesem Wesen hat, für den würde der Beweis der Tatsache, daß die Hitlerleute große Geldspenden auch von der Rüstungsindustrie des angeblichen Erbfeindes erhalten, nur als selbstverständliche Krönung dieses schändlichsten politischen Abenteuerstums unserer Zeit erscheinen.

Was schließlich, und für uns hauptsächlich, die Arbeiter anlangt, so mögen sie, welche Teilbestände immer sich weiter ergeben dürften, nun, da sich wieder ein Zipselchen kapitalistischer Berruchtheit zu läuten scheint, um so tiefer erkennen, wohin die Reise ginge, wenn jener nicht ein Ende gemacht würde. Immer lauter werde der Schrei nach der Aktion, zu der die Sozialistische Internationale das Proletariat aller Länder vor wenigen Wochen aufgerufen hat!

**Unvorsichtige Argumentation.**

Der Auffsiger „Tag“ berichtet am 12. November vom deutschen Kriegsschauplatz. Im Wesentlichen nichts Neues. Es gab lediglich einige Ähnlichkeiten zwischen S. A. und Reichsbanner, bei denen die S. A.-Banden allerdings draufzählten. So was sollte wirklich durch Rotverordnungen verboten werden. Wahrscheinlich haben sich auch am Nichtzustandekommen dieser Rotverordnung die Verhandlungen zwischen Brüning und Dillier zerlegt. Vorläufig müssen die Nazis also noch auf ein besonderes Rassistengesetz verzichten und sind gezwungen, sich auf die deutschen Intellektuellen in den Politik- und Gerichtsämtern zu verlassen. Daß sie dabei nicht schlecht fahren, ist bekannt. Einige Monate nicht allzustrenger Festungsbast ist das ärgste, was einem soliden Körper vom Braunhemd passieren kann. Es sind ja sowieso immer die anderen, die an den Zusammenstößen schuld sind. Zwar behauptet die Reichsbannerpresse auch diesmal das Gegenteil, allein

die Tatsache, daß die anständigen Bürger des Herrn Brüning sich in der Ueberzahl befinden und die Verwundeten meist Nationalsozialisten sind

beweist, so argumentiert der „Tag“, daß die Nazis nicht die Angreifer waren.

Das verdient festgehalten zu werden: Die Nazis sind nur tapfer, wenn sie in der Ueberzahl sind, dann sorgen sie auch für die genügende Anzahl von Verwundeten und manchmal auch Ermordeten auf der Gegenseite. Seltener noch hat sich jemand das Zeugnis niederträchtigster Feigheit in so unmissverständlicher Weise selbst ausgestellt.

**Nazi als Lohndrücker.**

Die reichsdeutschen Nationalsozialisten, die so gern vorgeben, die Interessen der Arbeiter vertreten zu wollen, bilden sich neuerdings auf dem Lande immer mehr als organisierte Lohndrücker gegenüber der Landarbeiterschaft aus. So meldet die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“, daß am 7. Oktober im „Föhner Lokalangeher“ folgende Anzeige zu lesen war:

„Arbeitslose SA-Beute stellen sich 10 Steine 10 zur Hilfeleistung in der Landwirtschaft zur Verfügung. Anforderungen nimmt entgegen Dr. Clausen, Telephon 436.“

So sieht in Wirklichkeit also die Unterstützung der Arbeiterschaft durch die Nazis aus. Sie bieten sich ohne Bezahlung an, um die minderwertige Entlohnung der Landarbeiter noch mehr herunterzudrücken. Das ist um so empörender, als auch die landwirtschaftlichen Unternehmer Schleswig-Holsteins am Werke sind, eine Senkung der Tarifföhne zu erreichen und laufende Landarbeiter beschaffungslos sind. So gesehen ist das Vorgehen der Nazis ein Dolchstoß in den Rücken der Landarbeiter.

Die Landarbeiter werden sich darum noch mehr als bisher verpflichtet fühlen müssen, mitzuhelfen, daß die Nazipest überwinden wird, bemerkt dazu sehr richtig der „Landarbeiter“.

**Der Traumlenker**

Roman von Hermynia Zur Mühlen.

Peter war zumute, als lähe er sich doppelt. Den Mann, der die Frau liebte und sie beschützen wollte, und den Menschen, einer unsterblichen Macht untertan: der Gerechtigkeit.

Der Mann warnte, lehrte: „Sieh doch, wie schön sie ist. Lenke ihren Traum auf dich, und sie wird dir gehören. Du wirst glücklich sein.“

Aber in den Ohren des Menschen klang die Forderung: „Rette eine Unschuldige. Hüte einmal deine Macht zum Guten.“

Und der Mensch, der der Traum war, blieb Sieger.

Zu dieser Nacht schlief Peter Brenn fest und traumlos. Auch als er schon erwacht war, fühlte er sich nicht wach. Er litt nicht, er fühlte nichts. Es war, als seien alle seine Gefühle erloschen.

Erst als er die Zeitung las, erwaachte er. Große Letztern verkündeten:

Sensationelle Enthüllungen über den Fall Halpert. Frau Diane Halpert stellt sich der Polizei und bezieht sich selbst des Mordes an ihrem Gatten.“

Er las die Zeilen, sie drangen wie spitze Nadeln in sein Gehirn. Pläne! Pläne in der Jelle. Pläne von einem furchtbaren Tod bedroht. Durch ihn. Weil er seinem Traum gefolgt hat.

Aber nein, das ist ja nicht war, kann ja nicht wahr sein. Er träumt, das ganze Grauen ist ein Alpdruck, gleich wird er erwachen.

Er hat mit Puppen gespielt, wie ein kleines Mädchen, hat ihnen Leben verliehen. Jetzt wirft er sie in eine Ecke, und nun sind sie tot, haben nie gelebt.

Aber was ist das? Sie stehen auf. Sie kommen auf ihn zu. Sie haben Leben gewonnen, die Puppen.

Die eine trägt eine Polizeimantel und jagt mit andern uniformierten Puppen einem Menschen nach.

Die zweite schiebt stolz die linke Hand in die Weste. Eine Feder sparrt. Die Puppe spricht: „Ich, der Diktator, Friedrich Müller.“

Und noch eine kommt, groß und stark, verzweifelt, zerquält. Und sie schreit ihm in die Ohren: „Ich bin ein armes Vieh! Ein armes Vieh.“

Eine vierte drängt sich vor. Mit verzerrtem Gesicht. Sie greift nach einem Strick. Legt ihn sich um den Hals.

Und da, die letzte Puppe. Blond, schön. Sie lächelt, wie ein unschuldiges Kind:

„Nicht ich habe gemordet, Peter Brenn. Du hast es getan. Du.“

Die Puppen kommen näher. Bedrängen ihn. Und von oben senkt sich die Decke nieder, um ihn zu zermalmen. Der Fußboden schiebt hoch. Nur noch wenige Augenblicke, und er muß ersticken.

Wie sie hüpfen, die Puppen, wie sie tanzen. Sie führen einen tollen Reigen auf. Schon strecken ihre kleinen kalten Hände sich nach ihm aus. Wenn sie ihn berühren, wird er den Verstand verlieren.

Und jetzt hört er auch Stimmen. „Es ist gefährlich, mit Seelen zu spielen.“

Wer hat das gesagt? Welcher Narr? Seelen, es gibt keine Seelen. Die Welt ist von seelenlosen Marionetten bedeckt. Mit Puppen darf man spielen. Aber die eine Puppe, die aus einem unerklärlichen Grund Gabriel Müller heißt — ein drohlicher Name — schreit, wenn man nach ihr hascht. Können Puppen schreien?

Nein; wenn sie schreien, wenn sie leiden, sind sie Menschen. . . . Hat er mit Menschen, hat er mit Seelen gespielt?

Er griff sich an den Kopf. Dann schnellte er auf und rannte ans Telephon.

Es gab einen Menschen, der ihm helfen, der ihn retten konnte: Judith.

Seine zitternde Stimme nannte ihre Telephonnummer.

Ein eintöniges Summen, das seine Ohren schmerzte. Langgedehnt, als wollte es niemals enden. Befehl. Der einzige Mensch, zu dem er fliehen will, ist unrettbar.

Er starrte das Telephon an. Was ist das eigentlich für ein seltsamer Kasten, der fremde Stimmen auf viele Meilen weiterträgt? Ist nicht auch das ein Traum? Der Traum eines Wilden, der, fern, verflungen von den Seinen, sich nach einer vertrauten Stimme sehnt, um Trost in der Einsamkeit zu finden?

Was ist die Wirklichkeit, was ist der Traum? Vor Jahren hat ein ungeheurer Alpdruck die Menschheit heimgesucht, sie nannte ihn den Weltkrieg. Das muß ein Traum aus der tiefsten Hölle gewesen sein. Wache Menschen morden einander nicht zu Millionen, morden nicht andere, die ihnen nie etwas zuleide getan haben.

Und jetzt unlängst, der Kampf im Industriegebiet. Auch der war ein böser Traum. Wache, fühlende Menschen mißgannen nicht andere das tägliche Brot, das sie zum Leben brauchen. Wache fühlende Menschen, die genug und übergenug zum Leben haben, konnten nicht um ein paar Pfennige kämpfen.

Felix Halperts qualvoller Tod, ein Traum. Welcher wache, fühlende Mensch mordet einen anderen, um seltsamer Dinge willen, für Edelsteine und Spitzen?

Aufzuwachen, schrie es in Peter, aufzuwachen um jeden Preis. Fort mit den Träumen. Ich ertrage sie nicht länger. Wird diese endlose, traumgefallerte Nacht denn nie ein Ende nehmen?

Vor seinen Augen verflüchtete sich der Tag. Es war dunkel. Wo bleibt die Sonne? Wird es nie Tag werden?

Dann fiel ihm Felix Halpert ein. Gefoltert von Begierde, gepörselt von seinem ersten wahren Gefühl. Er hatte Ruhe gefunden — im Tod.

Tod, Leben, war es nicht einerlei? Wenn nur die Träume ein Ende nahmen. Wenn nur die Marionetten zu tanzen aufhörten, wenn nur nicht länger ihr Schreien die Luft durchgestellte.

Es wurde ganz still in ihm. Eine kalte Ruhe erfüllte ihn. Noch nie war er so gelassen und nüchtern gewesen.

Noch einmal sah er Dianas Züge vor sich, aber ganz blaß und verschwommen, dann lächelten Judiths redbraune Augen, und er hörte eine böhmische Stimme sagen:

„Sie werden nie etwas erreichen.“

Edmund Brohmer! Der Gegner, der Feind, der ihn besiegt hatte.

Doch quälte ihn dieser Gedanke nicht mehr. Die Gestalt des Generaldirektors verschwamm vor seinen Augen. Auch er ist nur ein Alpdruck, von dem die Welt gefoltert wird, auch er wird ins Nichts zerrieben, sobald der Tag anbricht.

Und plötzlich sah er alles und alle klar vor sich: Brohmer, eingekerkert von seinem Traum der Habgier und der Macht, Diane von Juwelen und Geld träumend, Friedrich Müller, Schreiber und Diktator, Mierzel im Traum nach einer Liebe haschend, die sie nie finden würde, Gabriel Müller, den sein eigener Verrat getötet hatte.

Judith mit ihrem Traum von einer glücklicheren, gerechten Welt, Judith, deren Träume er nie zu lenken vermocht hatte, weil für sie ihr Traum die einzige Wahrheit war.

Er blickte aus dem Fenster. An diesem unheimlich hellen Sommermorgen, da selbst in der Stadt die unbeflegliche Natur sich regte, mit ihrer Forderung nach Vermehrung und Geburt, erschien ihm alles gespenstisch. Die rasenden Autos, die schreiende Kellner, die hastenden Menschen, hoch oben am Himmel das leuchtende Flugzeug, Gespenster, Träume, erdacht von Gespen-



# Neue Vorstöße der Agrarier gegen den Mieterschutz.

## Bauförderungsnovelle und Katastrophenhilfe im Senat angenommen.

Prag, 12. November. Im Senat kam es heute anlässlich der Beratung der Bauförderungsnovelle zu einer stellenweise lebhaften Auseinandersetzung über die Frage des Mieterschutzes, wobei von agrarischer Seite ein erstes die unbillige Hauptaufgabe aufgestellt wurde, daß eine Aufhebung des Mieterschutzes heute ohne weiteres möglich und sogar wünschenswert sei. Wenn dann noch ausgerechnet wurde, daß durch die Aufhebung des Mieterschutzes etwa 1,2 Millionen (!!) Bauarbeiter Beschäftigung finden würden, so kann man daraus schon ungefähr entnehmen, auf welchem Niveau die Debatte seitens der Bauherrenvertreter geführt wurde.

Die Agrarier verlangten in einer Sitzung der Koalitionsparteien die Annahme einer Resolution, die die Geltendmachung des sogenannten Negativrechtes des Staates gegenüber wohlhabenden Bauherren, die seinerzeit mit Staatsunterstützung gebaut haben, verlangt. Es handelte sich ihnen offensichtlich um eine Demonstration; sie wissen sehr wohl, daß diese Frage in dem neuen Wohnungsgesetz ohnedies geregelt werden wird. Man einigte sich dahin, daß die Referentin zwar nicht die Annahme dieser Resolution, aber ihre Zuweisung an die zuständigen Ausschüsse zwecks Stellungnahme beantrage.

In ihrem einleitenden Referat hatte Genossin **Karpiskova** angeführt, daß mindestens noch 100.000 neue Kleinwohnungen erforderlich seien. Der Gewerbetreibende **Tichy** greift die Regierung an, daß sie nicht den Mut aufbringe, die Wohnungsnovelle endgültig zu bereinigen. Ihm erwidert in entsprechender Form

### Genosse Rezl.

der kategorisch erklärt, daß ohne die Schaffung einer ausreichenden Zahl von neuen Wohnungen an einen Abbau des Mieterschutzes nicht zu denken sei.

Genosse **Rezl** antwortet zunächst seinem Vorgesetzten **Tichy** und hält ihm vor, daß er am wenigsten Ursache hat, der jetzigen Koalition Unzufriedenheit in der Bauförderung vorzuerwerfen. Ueberhaupt ist in der Bauförderung der Holzbock, wenn er sich als Objekt seiner Kritik gerade den Genossen **Dr. Cech** auszuwählt. **Tichy** müsse ja selber wissen, welche Schwierigkeiten **Cech** bei der Regelung dieser Frage gemacht werden. Die Bürgerlichen erklären zwar immer, sie seien nicht absolut gegen die Aufhebung des Mieterschutzes, sie seien für die Interessen der Kleinen, während sie in Wirklichkeit durch ihre Politik doch die völlige Aufhebung des Mieterschutzes betreiben. Das ist eben das doppelte Gesicht der bürgerlichen Parteien. Wir glauben Ihnen gern, daß Ihnen Minister **Dr. Cech** im Wagen liegt, aber leider ist er von einer solcher Beschaffenheit, daß er sehr schwer verdaulich ist! (Gelächter.)

Das Baugesetz wird als Jugeländnis an die sozialistischen Parteien dargestellt; in Wirklichkeit ist es ein Jugeländnis an die Vernunft.

Solange sich das Baugesetz nicht auswirken kann in dem Sinn, daß entsprechend viel Wohnungen fertiggestellt werden, solange muß auch die bürgerliche Forderung nach Aufhebung des Mieterschutzes ein ungelöstes Problem bleiben.

Den Mieterschutz kann man nicht früher aufheben, solange die nötigen Wohnungen nicht hier sind.

Die Privatwirtschaft hat auf diesem Gebiete vollkommen verlagert; dem Staat blieb nichts anderes

übrig, als selbst die Bauförderung in die Hand zu nehmen. Wenn etwas den strikten Beweis erbringen kann, daß das Bauförderungsgesetz notwendig war, so ist es die Tatsache, daß seit dem Vorjahr bisher nicht weniger als 1500 Gesuche um Bauförderung vom Ministerium bewilligt wurden. Man sieht daraus, wie der Wohnungsmarkt nach Wohnungen hungert! Als geschehene Körperlichkeit sind wir verpflichtet, dieses Wohnungsbedürfnis der Bevölkerung auch zu befriedigen. Wenn die bürgerlichen Parteien sich vorstellen, daß das neue Wohnungsgesetz die Aufhebung oder den Abbau des Mieterschutzes bringen muß, dann müssen sie auch dafür Sorge tragen, daß im Zuge dieses Abbaues für Wohnungsmöglichkeit gesorgt wird! Es handelt sich nicht darum, wie die Bauherren glauben, daß der Wohnungsmarkt frei sein muß und sie dann mit den Mieten beliebig in die Höhe gehen können. Die verantwortlichen Parteien müssen sich vor allem mit der Frage beschäftigen, ob die Mieter auch die Zinsen zahlen können. Preistreiberi und Wucher auf diesem Gebiet muß unter allen Umständen verhindert werden.

Durch die großen Anforderungen an Hypothekendarlehen dürfte sich ein Geldmangel einstellen. Hier wird die Regierung Vorsorge treffen müssen, daß nicht vielleicht durch Kreditmangel die Baubewegung wieder gebremst werde. Es wird vielleicht notwendig sein, eine staatliche Baugeldleihe aufzunehmen, bis der Geldmarkt wieder günstiger ist, und aus dieser Leihe die für Wohnungsbauten nötigen Gelder vorzustrecken. Wir dürfen ja nicht vergessen, daß ein Großteil der neuen Wohnungen durch die fortlaufenden neuen Erschließungen absorbiert wird, daß also das Tempo des Wohnungsbau auch darauf Rücksicht nehmen muß.

Wir stimmen mit dem Berichterstatter darin überein, daß verhindert werden muß, daß das Gesetz zu Spekulationszwecken benutzt werde. Es müßte auch gegen Baugenossenschaften vorgegangen werden, die heute mit unläuterer Mitteln Mitglieder anwerben und die Leute betrügen, wie dies vereinzelt vorgekommen ist.

Wirklich skandalös ist die Behandlung und Erledigung der Baukosten.

Sie dürfen nicht vergessen, daß die Leute, die bauen, nicht reich sind. Wenn die Baugarantie nicht rechtzeitig kommt, müssen sie oft kurzfristige Geld zu hohen Zinsen aufnehmen, wenn der Baumeister nicht länger warten will. Die Wanderung der Aktien vom Landesamt in das Fürsorgeministerium und wieder zurück ist etwas Unerhörtes. Man hat direkt den Eindruck, daß die Bürokratie die Arbeit des Fürsorgeministers absichtlich sabotiert.

Wir werden für das Gesetz stimmen, wünschen aber, daß die Regierung Maßnahmen treffe, um den erwähnten Uebelständen abzuhelfen. (Beifall.)

### Plädoyer der Hausherrnanwälte.

**Stöhr** (P. d. L.) tritt die Forderung nach „voller Freiheit in der Wohnungs- und Mietenfrage“. Der Eingriff des Staates in den freien Wohnungsmarkt, der die Bildung einer vernünftigen (Hausherrn-)Rente verhindert, sei das stärkste Hemmnis für die Betätigung des Privatkapitals auf dem Baunarkt. Der Abbau der Wohnungszwangswirtschaft sei nicht nur möglich, sondern im Interesse der Wohnungsuchenden unbedingt erforderlich. Allerdings gelte es gründlich zu, daß der Mieterschutz nicht gleich völlig aufgehoben zu werden braucht.

**Panella** (Rep.), der Vertreter der Hausherrninteressen, geht noch viel radikaler vor. Er hofft auf die Wiederkehr der schönen Vorkriegszeit, wo 20 bis 25 Prozent des Einkommens auf die Wohnung draufgingen, und behauptet, die gegenwärtige Situation gelte, die Abschaffung der bestehenden Wohnungswirtschaft sofort durchzuführen. Die Inflationssicherung würde angeblich gar nicht so arg sein. Von einer Wohnungsnote könne man nicht mehr sprechen (!), daher brauche man auch keine Angst vor einem Wohnungswucher zu haben. Er rechnet aus, daß 1,2 Millionen Menschen nach Aufhebung des Mieterschutzes sofort in der Bauindustrie Beschäftigung finden könnten. Für jeden Arbeiter werde es besser sein, wöchentlich 50 K. mehr an Lohn einzunehmen und davon 20 K. („nur“ 40 Prozent!) an Miete abzuführen, als wenn er bei dem heutigen Stand des Baunarktes überhaupt ohne Arbeit sei.

Auch über die Novelle zum Gesetz über die Staatshilfe bei Elementarkatastrophen entwickelte sich eine rege Debatte, an der sich elf Redner beteiligten.

Bemerkenswert war n. a. die scharfe Bemerkung des nationaldemokratischen Redners **Bergmann** gegen die vom Ministerpräsidenten angeführte Monopolisierung, bzw. Verstaatlichung der Elementarversicherung. **Bergmann** machte darauf aufmerksam, daß dieser Versicherungsweg im Vorjahr mit einem Milliardendefizit abgeschlossen habe.

Für unsere Fraktion sprach in der Debatte

# Steigende Arbeitslosigkeit.

## Nachdem bereits im September ein Anstieg der Arbeitslosigkeit um 13.343 Personen erfolgt war, ist die Summe der Erwerbslosen bis zum 31. Oktober abermals und zwar um 25.135 gestiegen.

Die Zahl der bei den öffentlichen Arbeitsvermittlungen angemeldeten nicht untergebrachten Erwerbslosen betrug Ende September 228.383, Ende Oktober jedoch 253.518. Das ist natürlich die Folge der saisonmäßigen Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt, die sich auch im vorigen Jahre gezeigt hat. Im Jahre 1930 ist beispielsweise die Zahl der Erwerbslosen vom September zum Oktober von 104.534 auf 122.379 gestiegen. Die Behauptung, die das „Prager Tagblatt“ gestern auferte, daß der Oktober in früheren Jahren stets eine saisonmäßige Besserung der Arbeitsverhältnisse gebracht hat, entspricht also nicht den Tatsachen.

werde der Staat dort helfen müssen, wo es notwendig sein wird. Es werde nötig sein, den Verkehr zwischen Konsumenten und Produzenten zu regeln, dazu müsse aber Zeit sein.

Bradač teilte mit, daß der Entwurf über die Spiritusbeimischung bald vorgelegt werden soll; er habe nichts dagegen, in diesem Zusammenhang auch die Spirituswirtschaft neu zu regeln. Bradač bekannte sich dann als Gegner von Präferenzen, zollfrei, und zwar vom Standpunkt unserer Landwirtschaft, weil ihr Zollschutz der niedrigste in ganz Europa sei. Durch Präferenzen würden wir dem Ausland nur Gelegenheit geben, seine Produkte noch billiger einzuführen.

Bezüglich des Getreidemonopols habe man das Ende und die Konsequenzen nicht absehen können und deshalb habe man sich schließlich mit dem Bewilligungsverfahren begnügt; Zweck der Kommission sei es, auch einen entsprechenden Abgang der heimischen Produktion zu sichern und ein gewisses Preisniveau zu erhalten.

### Der Präsident des Staatesvodenamtes Dr. Bozenilet

führte in einer Uebersicht über die Bodenreform an, daß die kleinen Bodenerwerber bereits 80 Prozent des Kaufpreises bezahlt haben, die Restgutsbesitzer 78 Prozent; letztere schulden noch 118, erstere 375 Millionen. Die Baulandbesitzer einschließlich des Staates haben erst 38 Prozent bezahlt und schulden noch 533 Millionen. Die Regie des Vodenamtes erfordere etwa 7 Prozent der Zuteilungspreise. Bisher wurden mehr als dreiviertel Millionen Hektar Wald an neue Erwerber übertragen, davon 77 Prozent oder 580.000 Hektar an juristische Personen; der Staat partizipiert daran mit fast 55 Prozent. 1671 politische Gemeinden erhielten 110.000 Hektar Wald. Die Uebernahme der Wälder soll bis zum Frühjahr 1932 bewerkstelligt werden. Wo es nicht auf gewöhnlichem Wege geht, werden Zwangsmaßnahmen angewendet werden. Unter den gegebenen Verhältnissen denke das Vodenamt nicht an ein neues Amtsgelände, obwohl der Neubau seinerseits bereits von allen Ressorts bewilligt worden sei.

### Arbeitsminister Dostalek

erklärte, die Mittel seines Ressorts seien vor allem für Investitionen bestimmt. Die Errichtung des Wasserstraßen- und die Revellierung des Straßenfonds haben die Möglichkeit einer ausgedehnten Investitionstätigkeit geschaffen. Der richtigen Verteilung der Staatssubventionen schreibt er das Sinken der Arbeitslosenziffer von 335.000 auf 200.000 zu. Der Schwerpunkt der Tätigkeit des Ministeriums liege jedoch in der Fondswirtschaft. Gegenwärtig sind für 562 Millionen wasserwirtschaftliche Arbeiten vergeben. Aus dem Elektrifizierungsfonds wurden bisher 37,5 Millionen für den Ausbau der Hochspannungsebene und Transformatoren verwendet. Die Ausbesserung zusammenhängender Staatsstraßenstrecken in der Länge von 264 Km., die im Vorjahr vergeben wurden, ist bereits beendet. Im Juni wurden weitere Ausbesserungsarbeiten für 330 Km. Staatsstraßen mit einem Kostenaufwand von 230 Millionen vergeben. Im nächsten Jahr wird das Ministerium in der Straßenregulierung systematisch fortfahren. Für nichtstaatliche Straßen wurden aus dem Straßenfonds bisher 338 Millionen ausgeworfen. Bezüglich der Fluglinien kündigte der Minister die Durchführung des Nachtflugverkehrs auf der Strecke Prag—Brünn—Pregburg und Prag—Pilsen—Pott ab 1932 an; die vorbereitenden Arbeiten seien bereits beendet.

### Ministererklärungen im Budgetausfluß.

#### Landwirtschaftsminister Bradač

erklärte n. a., niemand könne dafür bürgen, daß die Vorschläge zur Bekämpfung der Krise im Falle ihrer Verwirklichung auch tatsächlich das Heilmittel sein würden, das die gesamte Weltwirtschaft wieder gesund macht. Das auch vom Ministerpräsidenten ökonomische Streben nach Sparmaßregeln müsse auch in den breitesten Volksschichten seinen Ausdruck finden, denn es sei nicht nur möglich, das hohe Lebensniveau (bei uns?) noch zu erhöhen (?), wenn in allen anderen Staaten Vermählungen zur Herabsetzung des Lebensniveaus im Gange seien. Die Einnahmen der Staatsverwaltung gehen von Tag zu Tag zurück. Bezüglich der eventuellen weiteren Herabsetzung des Budgets müsse man alle Konsequenzen erwägen. Uns handle es sich in erster Linie um die Aufrechterhaltung unserer Währung.

#### Genosse Starf.

der sich für die Forderungen unserer Kleinbauern nach entsprechender Berücksichtigung bei der Durchführung der Katastrophenhilfe warmstens einsetzte.

Er erklärte, daß die verschiedenen Gesetze über Unterstützung der durch Elementarkatastrophen geschädigten Landwirte stets die grundsätzliche Unterstützung unserer Partei gefunden haben. Wir werden daher auch für die Vorlage stimmen, da sich eine Erhöhung der angelegten Beträge als notwendig erwiesen hat.

# Beischwerden betreffen oder die Durchführung der Katastrophenhilfe.

Ungerecht ist vor allem die Praxis der Behörden, die Subventionen nur solchen Personen zu erteilen, die nur Landwirte sind und keinen Nebenberuf haben. Gerade die Landwirte, die noch einen Nebenberuf ausüben müssen, gehören doch zu den sozial Schwächsten. Wenn nun ein solcher Kleinlandwirt durch eine Elementarkatastrophe betroffen wird, so wird er dadurch oft noch ärmer und nachhaltiger geschädigt als andere. Wir müssen daher verlangen, daß hier eine Aenderung eintritt.

Auch gegen die Art, wie die zur Erhebung der Schäden berufenen Kommissionen zusammengesetzt werden, müssen wir lebhaftes Bedenken aussprechen. Nirgends ist für die entsprechende Vertretung der Kleinbauern Sorge getroffen, da die Ernennung der Sachverständigen von dem Gutachten der Delegierten des Landwirtschaftsministeriums abhängig ist.

Klage müssen wir auch führen über die Engherzigkeit, mit welcher die Steuerbehörden in vielen Fällen bei der Rückerstattung der Grundsteuer bei Elementarkatastrophen den kleinen Landwirten gegenüber vorgehen, während andererseits bei großen Besitzern und Realgütern Steuerabschreibungen in Höhe und Fülle vorgenommen werden.

Schwer betroffen sind dadurch vor allem die Bauern in den hochgelegenen Grenzbezirken, deren Ernte heuer durch die ungünstige Witterung besonders schwer gelitten hat. Vielfach sind diese Leute um den ganzen Erntertrag gekommen, aber die Steuerregulationen werden gegen sie mit aller Strenge geführt. Wir begreifen, daß der Staat heute Geld braucht, aber wir müssen uns nachdrücklich gegen eine Praxis wenden, die die Großagrarier fast läßt und verhässelt, während sie dem kleinen Mann gegenüber alle Strenge walten läßt. (Lärm und Zwischenrufe bei den deutschen Agrariern.)

Die Bestimmung, daß Bargeldsubventionen nur ausnahmsweise gegeben werden sollen, ist unverständig, weil die Lieferung von Naturalien vielfach nicht rechtzeitig erfolgen kann und weil Geldsubventionen oft wirtschaftlicher angelegt werden können. In der Praxis sollte diesbezüglich wenigstens eine liberalere Handhabung dieser Bestimmungen Platz greifen.

Die Erhöhung der Staatsgarantie für Anteile seitens solcher Personen, die durch Elementarkatastrophen direkt in ihrer Existenz bedroht sind, von fünf auf 22 Millionen ist auf das wärmste zu begrüßen, da hier vor allem den sozial Schwächsten, den kleinen Landwirten, Hilfe gebracht werden soll. Leider vermischen wir hier oft das nötige Verständnis bei den Behörden, die mit der Durchführung betraut sind. So hat man im Miergebirge einem Händler, dem sein Haus fast ganz weggerissen wurde, jede Unterstützung verweigert, ihm dagegen großzügig die Bewilligung gegeben, im Bezirk von Haus zu Haus Spenden einzusammeln, also beteln zu gehen. Man sollte für die Zuerkennung von Unterstützungen nach dem Gesetz eine Höchstgrenze einführen, die nach dem Befehl festzulegen wäre. Große Grundbesitzer können sich in der Regel wohl aus eigener Kraft helfen. Würde der Anteil der mittleren und kleineren Bauern an der Unterstützung vergrößert, wäre der Zweck der Vorlage besser erreicht.

Unsere Hauptforderung geht vor allem dahin, die Durchführung und Beaufsichtigung der Hilfsaktion den Landwirten einschließlich der Kleinlandwirte selbst zu übertragen und das heutige System zu beseitigen, das eine Bevorzugung der sozial Starken und eine Benachteiligung der wirtschaftlich Schwachen bedeutet. (Beifall.)

Schließlich wurde zuerst die Katastrophenhilfe und dann die Bauförderungsvorlage in beiden Lesungen angenommen, wobei die Referentin **Karpiskova** eingehend die Behauptung der agrarischen Sprecher widerlegte, daß heute die völlige Aufhebung des Mieterschutzes ohne weiteres denkbar und möglich sei.

Der Senat vertagte sich hierauf auf unbestimmte Zeit. Man rechnet damit, daß er erst wieder anfangs Dezember zur Beratung des Budgets zusammentreten wird.

### Ministererklärungen im Budgetausfluß.

#### Landwirtschaftsminister Bradač

erklärte n. a., niemand könne dafür bürgen, daß die Vorschläge zur Bekämpfung der Krise im Falle ihrer Verwirklichung auch tatsächlich das Heilmittel sein würden, das die gesamte Weltwirtschaft wieder gesund macht. Das auch vom Ministerpräsidenten ökonomische Streben nach Sparmaßregeln müsse auch in den breitesten Volksschichten seinen Ausdruck finden, denn es sei nicht nur möglich, das hohe Lebensniveau (bei uns?) noch zu erhöhen (?), wenn in allen anderen Staaten Vermählungen zur Herabsetzung des Lebensniveaus im Gange seien. Die Einnahmen der Staatsverwaltung gehen von Tag zu Tag zurück. Bezüglich der eventuellen weiteren Herabsetzung des Budgets müsse man alle Konsequenzen erwägen. Uns handle es sich in erster Linie um die Aufrechterhaltung unserer Währung.

Die Landwirtschaft habe zuerst ihre Preise herabgesetzt; namentlich die Viehpreise seien tief gesunken. Aber wenn gepart werden müsse, werde auch der Bauer noch seinen Anteil tropen. Auf dem Land verstehe man ja (paten und zu leiden, ohne daß man gedulde Hände sehe. Die Agrarier würden auch keine Differenzen zwischen den beiden Produktionszweigen, der Landwirtschaft und der Industrie, suchen, sondern vielmehr eine gemeinsame Linie der sich ergänzenden Arbeit. Die gesunde Kraft der Landwirtschaft werde sich bemühen, trotzdem aber

# Steigende Arbeitslosigkeit.

Nachdem bereits im September ein Anstieg der Arbeitslosigkeit um 13.343 Personen erfolgt war, ist die Summe der Erwerbslosen bis zum 31. Oktober abermals und zwar um 25.135 gestiegen. Die Zahl der bei den öffentlichen Arbeitsvermittlungen angemeldeten nicht untergebrachten Erwerbslosen betrug Ende September 228.383, Ende Oktober jedoch 253.518. Das ist natürlich die Folge der saisonmäßigen Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt, die sich auch im vorigen Jahre gezeigt hat. Im Jahre 1930 ist beispielsweise die Zahl der Erwerbslosen vom September zum Oktober von 104.534 auf 122.379 gestiegen. Die Behauptung, die das „Prager Tagblatt“ gestern auferte, daß der Oktober in früheren Jahren stets eine saisonmäßige Besserung der Arbeitsverhältnisse gebracht hat, entspricht also nicht den Tatsachen.

werde der Staat dort helfen müssen, wo es notwendig sein wird. Es werde nötig sein, den Verkehr zwischen Konsumenten und Produzenten zu regeln, dazu müsse aber Zeit sein.

Bradač teilte mit, daß der Entwurf über die Spiritusbeimischung bald vorgelegt werden soll; er habe nichts dagegen, in diesem Zusammenhang auch die Spirituswirtschaft neu zu regeln. Bradač bekannte sich dann als Gegner von Präferenzen, zollfrei, und zwar vom Standpunkt unserer Landwirtschaft, weil ihr Zollschutz der niedrigste in ganz Europa sei. Durch Präferenzen würden wir dem Ausland nur Gelegenheit geben, seine Produkte noch billiger einzuführen.

Bezüglich des Getreidemonopols habe man das Ende und die Konsequenzen nicht absehen können und deshalb habe man sich schließlich mit dem Bewilligungsverfahren begnügt; Zweck der Kommission sei es, auch einen entsprechenden Abgang der heimischen Produktion zu sichern und ein gewisses Preisniveau zu erhalten.

### Der Präsident des Staatesvodenamtes Dr. Bozenilet

führte in einer Uebersicht über die Bodenreform an, daß die kleinen Bodenerwerber bereits 80 Prozent des Kaufpreises bezahlt haben, die Restgutsbesitzer 78 Prozent; letztere schulden noch 118, erstere 375 Millionen. Die Baulandbesitzer einschließlich des Staates haben erst 38 Prozent bezahlt und schulden noch 533 Millionen. Die Regie des Vodenamtes erfordere etwa 7 Prozent der Zuteilungspreise. Bisher wurden mehr als dreiviertel Millionen Hektar Wald an neue Erwerber übertragen, davon 77 Prozent oder 580.000 Hektar an juristische Personen; der Staat partizipiert daran mit fast 55 Prozent. 1671 politische Gemeinden erhielten 110.000 Hektar Wald. Die Uebernahme der Wälder soll bis zum Frühjahr 1932 bewerkstelligt werden. Wo es nicht auf gewöhnlichem Wege geht, werden Zwangsmaßnahmen angewendet werden. Unter den gegebenen Verhältnissen denke das Vodenamt nicht an ein neues Amtsgelände, obwohl der Neubau seinerseits bereits von allen Ressorts bewilligt worden sei.

### Arbeitsminister Dostalek

erklärte, die Mittel seines Ressorts seien vor allem für Investitionen bestimmt. Die Errichtung des Wasserstraßen- und die Revellierung des Straßenfonds haben die Möglichkeit einer ausgedehnten Investitionstätigkeit geschaffen. Der richtigen Verteilung der Staatssubventionen schreibt er das Sinken der Arbeitslosenziffer von 335.000 auf 200.000 zu. Der Schwerpunkt der Tätigkeit des Ministeriums liege jedoch in der Fondswirtschaft. Gegenwärtig sind für 562 Millionen wasserwirtschaftliche Arbeiten vergeben. Aus dem Elektrifizierungsfonds wurden bisher 37,5 Millionen für den Ausbau der Hochspannungsebene und Transformatoren verwendet. Die Ausbesserung zusammenhängender Staatsstraßenstrecken in der Länge von 264 Km., die im Vorjahr vergeben wurden, ist bereits beendet. Im Juni wurden weitere Ausbesserungsarbeiten für 330 Km. Staatsstraßen mit einem Kostenaufwand von 230 Millionen vergeben. Im nächsten Jahr wird das Ministerium in der Straßenregulierung systematisch fortfahren. Für nichtstaatliche Straßen wurden aus dem Straßenfonds bisher 338 Millionen ausgeworfen. Bezüglich der Fluglinien kündigte der Minister die Durchführung des Nachtflugverkehrs auf der Strecke Prag—Brünn—Pregburg und Prag—Pilsen—Pott ab 1932 an; die vorbereitenden Arbeiten seien bereits beendet.

Dostalek brachte dann genaue Ziffern über den Rückgang der Bergbauproduktion seit dem Vorjahr. Die Förderung von Steinkohle ging heuer um 30,5, die von Braunkohle um 12, von Rost sogar um 32,2 Prozent zurück. Die Zahl der verfahrenen Schichten blieb fast unverändert, die Zahl der Bergarbeiter ging gegen 1930 bei Steinkohlen um 9, bei Braunkohlen um 12,8 Prozent zurück. Die Ausfuhr ging gegenüber 1930 weiter zurück, und zwar bei Steinkohle um 0,57, bei Braunkohle um 17,78 und bei Rost um 32,8 Prozent.

### Die Regierung sei bereit, trotz aller großen Schwierigkeiten taufste die Neuregelung der Bergarbeiterversicherung durchzuführen.

Auf legislativem Gebiet kündigte er weiters Novellen zur Bauordnung, zur Straßenpolizeordnung und zur Inanspruchnahme der nichtstaatlichen Straßen an. Ein definitives Automobilgesetz soll gleichfalls vorgelegt werden.

Am Donnerstag wurden die Kapitel Eisenbahnen und Post in Beratung gezogen; im Laufe des Freitag dürfte bereits mit dem Budget des Fürsorgeministeriums begonnen werden.



# Fehlende Initiative im Handelsministerium.

## Kritik des Genossen Dietl im Budgetausschuss.

Prag, 12. November. Im Budgetausschuss bemängelte Genosse Dietl bei der Beratung des Kapitales Handelsministerium, daß man nirgends einen Willen zur Lösung der Krise sehe. Das Handelsministerium ist in der Gesetzgebung im letzten Jahr nicht besonders hervorgetreten.

Hier müßte der Versuch unternommen werden, durch Initiative auf legislativem Gebiet der Krise entgegenzuwirken.

Wir haben eine Reihe von Gesetzen, die sich nicht günstig auswirken. Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb entwickelt sich langsam zu einem Schutzwall für den kapitalstärksten Unternehmer, während die Kleineren geschädigt werden. Unsere Handels- und Gewerbeämter sind reformbedürftig; das Gesetz stammt aus arakterer Zeit, wo Handel und Gewerbe noch lange nicht den Umfang und die Bedeutung hatten wie jetzt. Auch eine Novellierung unserer Handelsordnungen wäre dringend notwendig.

Manz außerordentlich bewegt uns die Frage der Präferenzen und der Reichsgünstigung wie die Zollfrage überhaupt.

Als die Zollunion zwischen Österreich und Deutschland geschaffen werden sollte, hat man damals gesagt, der Gedanke sei an sich gut, aber in dieser Form nicht durchführbar; es müßte etwas anderes geschaffen werden. Wir warten bis heute auf einen derartigen Vorstoß! Wir haben uns noch nicht einmal entschieden, ob wir für die Präferenzen oder für die Reichsgünstigung sind.

Hedner zeigt auf, daß durch die vorjährige Kündigung des ungarischen Handelsvertrages beide Teile geschädigt wurden, bei uns namentlich die Textil- und die slowakische Holzindustrie. Ungarn ist heute fastlich nicht mehr der Partner wie vor einigen Jahren, aber trotzdem wäre ein Vertrag doch noch eine günstige Lösung als der vertraglose Zustand. Auch der letzte Vertrag mit Oesterreich hat unsere Ausfuhr stark behindert, während wir mit Deutschland überhaupt noch zu keiner Regelung gekommen sind, obwohl dies bei einigem guten Willen sicher möglich gewesen wäre. Im Verhältnis zu Rußland sind wir vor der beiderseitigen Anerkennung immer noch zurückgeblieben und haben so die Möglichkeit verloren, einen Handelsvertrag abzuschließen. Es wäre zu wünschen, daß die Initiative unseres Handelsministeriums und auch des Außenministeriums auf diesem Gebiet größer wäre.

Man kann sich die Entwicklung des Handelsverkehrs vorstellen wie man will, aber der freie, ungehinderte Warenverkehr ist der Entwicklung sicher am günstigsten.

In der Glas-, Eisen- und Textilindustrie haben die Stilllegungen die Arbeiterschaft und die Angestellten schwer betroffen. Hier müßte endlich ein Betriebsstilllegungsgesetz bestimmen, unter welchen Umständen eine Stilllegung überhaupt erfolgen darf.

Insichtlich des Fremdenverkehrs ist zu bedenken, daß Deutschland bei uns weit an der Spitze marschiert; aber wenn Gäste aus Deutschland nach Prag kommen, darf man ihnen nicht einmal eine deutsche Speisekarte vorlegen! Es ist dann kein Wunder, wenn die Reisenden um die Tischschokolade lieber einen großen Umweg machen.

## Betriebsaufnahme bei den Zellulose-Kaolinwerken.

Karlsbad, 12. November. Die täglich einlaufenden Berichte von Betriebseinschränkungen und Einstellungen, Arbeitseinschränkungen und Massenentlassungen werden nun endlich einmal von einer anders klingenden Nachricht abgelöst. Wie wir erfahren, haben die Zellulose-Kaolinwerke, die vor mehreren Wochen wegen Abmangel aller ihre Betriebe schließen mußten, die Wiederaufnahme der Arbeit verfügt. Am 23. November wird ein Teil der Entlassenen wieder eingestellt werden und acht Tage später wird die ganze Belegschaft wieder zur vollen Beschäftigung herangezogen werden. Dadurch werden einige hundert Arbeiter im Karlsbader Bezirk wieder in ein Lohnverhältnis treten und der drückendsten Sorge über den Winter entbunden sein.

**Verstärkte Wirtschaftskrise im Saazer Land.** Aus Saaz wird uns berichtet: In den Bezirken Saaz und Boderjam, die bis vor wenigen Jahren in wirtschaftlicher Hinsicht hochaktiv gewesen sind, nimmt die Krise immer bedrohlicher werdende Formen an. Die Verschärfung der ungünstigen Situation drückt sich in der andauernden Herabsetzung der Beschäftigung in den wichtigsten Industriezweigen des Gebietes, in den Still- und Arbeitsverlusten, in der Kartonnagen- und Möbelindustrie, in der Branntweinindustrie, in der Ziegelwerke und Tongruben und in der Kaolinindustrie aus. Auch in der Saazer Pulverfabrik, die einer erheblichen Anzahl von Personen Arbeit und Erwerb gegeben hat, wird schon seit längerer Zeit mit bedeutender Einschränkung gearbeitet, gleichermäßen in der Drahtzylinderfabrik. In den Städten Saaz, Boderjam, Postelberg, Krieger und Rudig werden bereits tausend Arbeitslose gezählt. Im Gegensatz dazu vorziehen die benachbarten tschechischen Bezirke Louna, Ratonitz und Kralowitz nur einige Tausende arbeitsloser Personen. In der bekannten Karonitzer Schamotteindustrie wird mit voller Kapazität gearbeitet, und auch die Steinindustrie war bisher gut beschäftigt, nicht zuletzt dank des Baues der Karonitzer Artilleriefabrik, der mit einem Kostenaufwand von acht Millionen Kronen errichtet worden ist.

# Tagesneuigkeiten

## Der Lübecker Prozeß.

**Erweiterung der Anklage auf fahrlässige Tötung.**  
Lübeck, 12. November. Die Verhandlung im Lübecker Tuberkulose-Prozeß wurde heute mit einer Erklärung des Oberstaatsanwaltes Dr. Linau eingeleitet, der den offiziellen Antrag auf Erweiterung der Anklage stellte. Der Oberstaatsanwalt begründete diesen Antrag u. a. damit, daß sich im Laufe der Hauptverhandlung ein hinreichender Verdacht ergeben habe, daß sich die Angeklagten Professor Dr. Dohde und Dr. Verheiden der fahrlässigen Tötung als sie sich durch die Einführung des Calmette-Verfahrens der fahrlässigen Tötung und Körperverletzung schuldig gemacht hätten. Man werde Prof. Dohde und Dr. Verheiden nunmehr weiter anklagen, bei der Einführung des Calmette-Verfahrens in Lübeck im Winter 1929/30 durch Fahrlässigkeit unter Aufrechterhaltung der durch ihren Verstoß erforderten Aufmerksamkeit den Tod, bzw. die Körperverletzung der im Öffnungsbeischluß bezeichneten Kinder verursacht zu haben, u. zw. Professor Dohde, indem er die Fächtung der BCG-Kulturen und die Herstellung der BCG-Emulsionen übernahm, ohne sich vorher durch eigene Forschungen und Untersuchungen von der Unschädlichkeit der aus Paris bezogenen BCG-Kulturen überzeugt zu haben, und Dr. Verheiden, weil er die Einführung des Calmette-Verfahrens in Lübeck erzwang, ohne vorher beim Reichsgesundheitsamt und bei anderen geeigneten Stellen sich über die dort gewonnenen Erfahrungen und angewandten Vorsichtsmaßnahmen eingehend zu informieren.

## Sturmkatastrophe — hunderte Abdanklose.

London, 12. November. (Reuter.) Das Unwetter, das heute anbarerte und mit einer Stundengeschwindigkeit von 100 Kilometern dahinkrauste, richtete an der englischen Küste große Schäden an. Aus verschiedenen Orten melden nun bedeutende Sachschäden. Eine ganze Anzahl kleinerer Bauten an der Küste wurde vom Wasser überschwemmt. Einige hundert Personen sind abdrücklos. Einige Schiffe wurden beschädigt.

## Dollarflut.

Paris, 12. November. „New York Herald“ meldet aus Washington, daß der amerikanische Schatzkanzler Mellon, der einer der reichsten Amerikaner ist, für seine Privatbank für 8 Millionen Dollar (d. i. ca. 270 Millionen K) Bilder kaufte, die aus der Sammlung des Benigno de Rujeans „Ermitage“ stammen, die die Sowjetregierung in Amerika zum Verkauf angeboten hat.

## Statt Todesstrafe fünf Monate Kerker.

Kattau, 12. November. Vor dem hiesigen Schwurgericht wurde heute nach dreitägiger Dauer die Verhandlung im Prozeß gegen den Häusler Alfons Weinfurter aus Bitana bei Kattau beendet, dem die Anklage des Verbrechens des Mordmordes, begangen an seinem Schwiegervater, dem Ausgehenden Josef Frank, beschuldigte. Die Anklage führte aus, daß Weinfurter am 5. Jänner d. J. eine tödliche Dosis Arsen ins Essen mischte. Weinfurter stand diesmal bereits zum zweitenmal in diesem Jahre vor dem Kattauer Gericht. Bei der ersten Verhandlung im Frühjahr wurde er des Verbrechens des Mordmordes für schuldig erkannt und zum Tode verurteilt. Seine Frau, die damals der Teilnahme an dem Verbrechen beschuldigt war, wurde freigesprochen. Der Verteidiger Weinfurters brachte die Nichtigkeitsbeschwerde ein, der das Oberste Gericht stattgab, das erste Urteil aufhob und eine neue Verhandlung des Falles anordnete.

Diese neue Verhandlung wurde nun heute abgeschlossen. Weinfurter bestand auf seiner ursprünglichen Behauptung, das Verbrechen nicht begangen zu haben. Die Geschworenen beantworteten heute die erste Hauptfrage auf Mordmord mit fünf Stimmen ja und sieben Stimmen nein, die erste Zusatzfrage wegen Vergehens gegen die Sicherheit des Lebens mit 12 Stimmen ja. Auf Grund dieses Verdiktes wurde Weinfurter zu fünf Monaten schweren Kerkers mit einem Festtag, bedingt auf drei Jahre, verurteilt und sofort auf freien Fuß gesetzt.

**Aus der Brünner Justizmaschine.** Während des Weltkriegs hat die monarchische Staatsgewalt die Bevölkerung durch Verordnungen gegen den Kriegswiderstand zu schützen versucht; diese schufen sehr lächerlichen Schranken gegen die Preisphantasie der Berufsverderer waren niemals ein beliebtes Gebiet der Strafrechtspflege, wurden aber trotzdem von der demokratischen Republik auf die Dauer der außerordentlichen Nachkriegsverhältnisse verlängert. Was sich ein unabhängiger und bis in die Knochen gerechter Richter unter „außerordentlichen Verhältnissen“ vorstellen hat, wurde bis jetzt leider nicht gelegentlich festgelegt: da lebt in Brünn ein Fünfrichteramt, der vor einigen Tagen die salomonische Weisheit verkündet hat, daß wir so etwas nicht mehr haben, womit für die Justiz — deren Aufgabe es ist — die Wahrheit wieder einmal festgestellt wäre. Es geht diesmal um einen biederen Padermann, der in Nordmähren die Höchstpreise nicht eingehalten hat, geleitet

von der profunden und humanen Ansicht, daß sich mit der demokratischen Justiz ohnehin werde ein Wörtchen reden lassen: die erste Instanz hatte ihn noch wegen Preisverweigerung verurteilt, das Oberste Gericht sprach ihn aber frei und dozierte, daß das Gesetz falsch angewendet sei, weil wir keine außerordentlichen Verhältnisse mehr hätten, die einen Schutz der arbeitenden Bevölkerung gegen den Raubbau der Produzenten rechtfertigen könnten. Diese Entscheidung sollte eigentlich niemand wundern: ein Gericht, das in einem Ueberstundenprozeß verurteilt hat, daß die Ueberstundenarbeit eine verbotene und darum unsittliche Handlung ist, daß also der Arbeiter aus diesem verbotenen „Geschäft“ keine Forderungen ableiten könne und daß ihm „höchstens“ der Anspruch auf Schadenersatz bleibe, dieses Gericht müßte solch klare Linie natürlich auch in Waderfragen einhalten und der Welt den herrschenden Zustand als rechtlichen „Normalzustand“ verkünden. Es zeigt sich hier etwas Ähnliches wie bei der akademischen Arbeit: die liberale Institution der richterlichen Unabhängigkeit wird zum Schutz unfähiger Verantwortungslosigkeit; was nützt es, eine Justiz zu schaffen, deren ungläubliche Lebensform jedes Vertrauen der arbeitenden Bevölkerung untergräbt? Selbst das strengste Gesetz kann durch richtige Auslegung lebensfähig erhalten werden: unsere Justiz verhält sich aber hinter ein Gebände, gegen das schon fast alle Bevölkerungsschichten Sturm laufen.

**37jährige Fabrikarbeiterin im Betrieb tödlich verunglückt.** Die 72 Jahre alte Fabrikarbeiterin Tauschen, die bei der Firma Faltis in Trautenau beschäftigt war, stürzte Montag, kurz vor Feierabend so unglücklich bei ihrer Maschine, daß sie sich durch das Aufschlagen an einem Maschinenteil eine schwere Kopfwunde zuzog, die ihren unmittelbaren Tod herbeiführte. So starb eine Arbeiterin, die ihr ganzes Leben dem Betriebe Faltis gewidmet hat.

**Die Soldatenelbstmorde.** Der im Herbst zum Grenzjägerbataillon in Trautenau eingetragene Kaufmannsohn Petera aus Königshof entfernte sich am letzten Montag aus seiner Kajüte und wurde Dienstag früh mit abgetrenntem Kopf und Bein aufgefunden. Er hat sich zweifellos unter den von Alpaka kommenden Nachtzug geworfen. Was den jungen Mann in den Tod trieb, läßt sich mit Gewißheit noch nicht sagen. Wahrscheinlich konnte er dem Soldatenleben keine besondere Liebe abgewinnen, vielleicht wurde er durch sonst einen Zwischenfall in seinem Leben von Traubfina erfaßt, jedenfalls muß er sich schon im Laufe des Monats mit dem Gedanken des Selbstmordes getragen haben, denn Anverwandte, die ihn an diesem Tage besuchen wollten, konnten ihn nirgends auffinden und suchten, ohne ihn gesehen zu haben, wieder nach Hause fahren, um hier etwas später die Todesnachricht entgegenzunehmen.

**Hellerhoffwerk, das Tausende ergibt!** Aus Gaboritz wird uns gemeldet: Die Landesbehörde hat die von der Stadtgemeinde beantragte Bewilligung zur Einhebung einer Abgabe von 10 Hellern pro Kilowattstunde beim elektrischen Strom bei gleichzeitiger Herabsetzung des Strompreises und die Abgabe vom Wassergeld in der gleichen Höhe zu Gunsten des Arbeitslosenhilfswerkes bewilligt. Die Stadt Gaboritz hat damit, ohne die Bevölkerung zu belasten, der Arbeitslosenfürsorge neue Einnahmelmöglichkeiten erschlossen, die trotz der geringfügigkeit des auf das Einzelindividuum entfallenden Anteiles sehr erheblich zu nennen sind.

**Wüstling auf dem Waldweg.** Wie uns aus Saaz berichtet wird, überfiel auf einem Waldweg bei Seheles ein etwa 30jähriger Mann eine auf dem Waldweg befindliche Frau, warf sie nieder und wollte ihr Gewalt antun. Die Ueberfallene, die sich kräftig zur Wehr setzte, schrie gellend um Hilfe, worauf der Unbekannte sich ihrer Handtasche bemächtigte und damit entflo.

**Ein Lintengas in das Gesicht des Richters.** Aus Gaboritz wird uns berichtet: Der 37jährige Badergehilfe Ulrich Steidler aus Graupen bei Teplitz hatte sich seinerzeit vor dem Gaboritzer Bezirksgericht wegen eines Diebstahls zu verantworten. Als der Richter, Gerichtsrat Dr. Hermann Kojlov, ihm das Urteil vorlas, ergriß Steidler ein auf dem Richtertische stehendes Lintengas und warf es mit voller Wucht dem Gerichtsrat ins Gesicht, so daß diesem das Brillenglas zerbrach und ihm eine Verletzung unterhalb des rechten Auges verursachte. Nunmehr hatte sich der rabiate Bader vor dem Dreieramt des Reichsberger Kreisgerichtes wegen dieser Tat zu verantworten; er wurde zu einer Kerkerstrafe von 6 Monaten unbedingt verurteilt. Vor der Urteilsverkündung ließ der Vorsitzende Krutzitz und Kertzen auf dem Richtertisch entfernen. Auf alle Fälle...

**Arbeitslosigkeit treibt zum Selbstmord.** Aus Graslitz wird uns berichtet: In Heinrichsgrün hat sich der in dem stillgelegten Eisenwerk Kothau angestellt gewesene Arbeiter Alfred Weich entleibt. Der Lebensmüde hinterläßt eine Witwe mit zwei unmündigen Kindern. Sorge um die Zukunft hat Weich zu seiner Tat getrieben.

**Die nordwestlichen Land- und Waldarbeiter brechen mit den Klassen.** Der Hauptvorstand des nordwestlichen Land- und Waldarbeiterverbandes beschloß in seiner letzten Sitzung, alle Beziehungen mit dem russischen Land- und Waldarbeiterverband abzubrechen, da dieser dauernd versuche, sich in die inneren Angelegenheiten des nordwestlichen Verbandes einzumischen und die Mitglieder gegen die verantwortlichen Verbändvorstände aufzubringen. Damit ist der letzte der zwischen

# Vom Rundfunk

**Empfehlenswerter aus dem Programm:**  
Zamstag  
Prag: 11: Schallplatten. 14:10: Schallplatte. 18:25: Deutsche Sendung: Schleichner: P. Instrumente des Orchesters. 19:55: Bunter Abend. 21: Nocturne Klavier. — Brünn: 15: Orchesterkonzert. 18:25: Deutsche Sendung: Klavierkonzert. 21: Langmuß. — Pilsen: 12:30: Orchesterkonzert. 17:30: Marionettentheater. — Künigsberg: 16:15: Stadtmusik. 18:40: Kammermusik. — Leititz: 19:30: Im Elbe gefangen, Schicksal der Kutter-Expedition. — Ruzschitz: 17:40: Schrammelmusik. — Wien: 16:50: Orchesterkonzert. — Koflau: 19:30: Konzert.

nordwestlichen und russischen Gewerkschaften abgeschlossenen Gegenständigkeitsverträge aufgehoben.

**Kürzung der nichtversicherten Dienstzeit bei Journalisten.** Die aus dem Allgemeinen Angestelltenverband Reichenberg mitgeteilt wird, haben auch Journalisten Anrecht auf die Kürzung der Dienstzeit in der Pensionversicherung sowie aller Begünstigungen, die das Gesetz 25/31 den Versicherten bietet. Alle näheren Aufklärungen mit Erläuterungen und Berechnungsbeispielen für die nichtversicherte Dienstzeit sind einer Broschüre enthalten, die zum Preise von 1 K beim Allgemeinen Angestelltenverband, Reichenberg, Turnerstraße 27, bezogen werden kann.

**Ein hundertjähriger Arzt.** In diesen Tagen feiert der bekannte Pariser Arzt und Mitglied der die Frage, wie er sich seine Gesundheit und Frische seinen 100. Geburtstag. Er beteiligt sich auch noch regelmäßig an den Sitzungen der Keryoakademie. Diese wird den Geburtstag ihres Mitgliedes in einer besonderen Sitzung feiern. Auf die Frage, wie er sich seine Gesundheit und Frische so lange bewahrt hat, antwortete Dr. Gueniot, daß man wenig essen, wenig trinken und gut atmen müsse.

**15 Tote bei einem Hausbrand.** Die „Matin“ aus New York meldet, sind bei dem Brande eines Hauses in Brooklyn 15 Personen ums Leben gekommen.

**Gestrandet.** Der britische Minenjucker „Petersfield“ mit dem Oberbefehlshaber der China-Station Komral Sir Howard Kelly an Bord ist gestern früh auf sehr bewegter See an der chinesischen Küste bei Nutschau gestrandet. Das Schiff liegt zwischen Klippen. Obwohl es heftig hin und her geworfen wird, besteht jedoch keine unmittelbare Gefahr, daß es in Stücke bricht. Der größte Teil der Besatzung ist wohlbehalten gelandet. Nach Empfang der SOS-Signale des Minenjägers ist der deutsche Dampfer „Derflinger“ an der Unfallstelle eingetroffen. Die beiden britischen Kriegsschiffe „Suffolk“ und „Cornwall“ sind unter Vollampf zur Hilfeleistung unterwegs.

**Raubmord in Berlin.** In einem Hause in der Stephanstraße in Berlin-Moabit wurde am Mittwoch vormittag die 60jährige Ehefrau Marie Schimmelpfennig erlödet. Es handelte sich um einen Raubmord. Dem Täter — vermutlich ein Neffe der Ermordeten — fielen etwa 200 Mark Bargeld und verschiedene Wertpapiere in die Hände.

**Zwei Mitglieder tödlich verunglückt.** Auf dem Flugplatz Oberwiesenthal bei München ist Donnerstag nachmittag ein Sportflugzeug abgestürzt. Der Führer, Freiherr von Michel-Hausino und sein Begleiter, der Student Pagel aus Düsseldorf, waren sofort tot.

**Der dritte Mörder festgenommen.** Auf der Straße bei Steeden wurde Donnerstag vormittag von der Gendarmarie Josef Hofel, der dritte der entpurrungen Inländer Gefangenen und Mörder des Aufsehers Baumans festgenommen. Hofel wurde von Straßenarbeitern aufgegriffen und der Gendarmarie übergeben.

**Amerikanische Komödie.** Wer lesen in der „Arbeiter-Zeitung“: Der nordamerikanische Staat Kentucky, bisher dadurch bekannt, daß in ihm die meisten Wildwestromane spielen, macht auf einmal von sich reden; aus dieser Hinterwelt tönt nämlich laut und schallend das Geklageweih der Moral. Der berühmte amerikanische Schriftsteller Theodore Dreiser, der Autor des Romans „Amerikanische Tragödie“, hat belagte Moral in einem Hotelzimmer von Kentucky schmählich verlegt. Kentucky tadelt Dreiser war nämlich als Mitglied einer Kommission, die die sozialen Verhältnisse in den Kohlengruben zu prüfen hatte, nach Kentucky gekommen — und zwar, wie man schon erd erfahren, nicht allein, sondern von einer Frau begleitet; diese Frau heißt Margaret Gergan und ist mit Dreiser nicht verheiratet. Trotzdem haben die beiden in einem Zimmer geschlafen, ja, vielleicht sogar — aber wir wollen nicht das Unausdenkbare annehmen; in Kentucky jedoch ist es ein Verbrechen, wenn ein Mann mit einer Frau, die nicht seine Ehegattin ist, in einem Hotelzimmer weilt. Der Staatsanwalt hat den Dichter daher der Unzucht beschuldigt und gegen ihn einen Haftbefehl ausgestellt; glücklicherweise befindet sich Dreiser nicht mehr in Kentucky, sondern in Virginia. Da ihm der Vorwurf der „Unzucht“ in Amerika mehr schaden kann, als der beste Roman, den er geschrieben hat, weil er die Beschuldigung energisch zurück, jedenfalls liegt die Vermutung nahe, daß ihm die Verhältnisse in den Kohlengruben in Kentucky nicht gefallen haben und daß daher den Anwälten des Kohlenkapitals seine Verhältnisse nicht gefallen. Unseren Moraltheologen aber konnte man warmstens empfehlen, nach Kentucky auszuwandern; dort gehören sie hin.



### Spiel mit Namen.

Enstige Knechtboten.

Der Name des Komponisten Reger ist bekanntlich ein Wort, das vor- und rückwärts ebenso lautet, nämlich immer Reger. Einmal wurde er von einem boshaften Kritiker gehänselt: „Was sind Sie doch für ein komischer Kauz, Herr Reger — Sie sehen von vorn ebenso wie von hinten aus.“

„O mein, da ist wohl ein Unterschied“, versetzte Reger. „Von vorn zeige ich mich nur den vernünftigen Kritikern, von hinten aber den Dummläpfen.“

Vorant er dem Spötter den Rücken zeigte.

Hermann Bahr wachte jung in Berlin und wurde wie immer wegen seines patriarchalischen Bartes angefaßt. In einer Buchhandlung geschah es, daß er von einer Dame gerodet angefaßt wurde. „Nicht wahr“, fragte sie vertrauensvoll, „Sie sind doch der Dichter Theodor Däubler?“

Hermann Bahr, halb ärgerlich, halb belustigt über die Verwechslung, antwortete: „Ich habe zwar einen großen Bart wie Theodor Däubler, aber ich bin nicht Däubler, sondern Johannes Brahms.“

„Ach ja, richtig!“ stimmte ihm die Dame begeistert zu. „Sie haben das bekannte Buch geschrieben... das vielgelesene und interessante Werk... wie heißt es doch gleich?“

„Sie meinen sicherlich Brahms' Tierleben“, kam ihr Hermann Bahr zu Hilfe, nicht ihr freundlich zu und ging mit waltendem Bart von dannen.

Generalintendant Hülßen, der große Theatermann, war mit dem Arzt Dr. Sommer befreundet. Beide hatten sehr häßliche Kinder. Eines Tages sagte Sommer: „Lieber Hülßen, wie kommen Sie nur zu solchen Kindern?“

„Ebenso wie Sie“, versetzte Hülßen. „Dennfalls sind meine Hülßenfrüchte viel schöner als Ihre Sommerprossen.“

### Für Funktionäre der Selbstverwaltung.

Frift zur Vorlage der Gemeindeveranschläge bis zum 31. Jänner 1932 verlängert.

Die Landesbehörde in Prag hat an alle Bezirksbehörden einen Runderlaß, Zahl 576.500 — 1931, St — 4016, gerichtet, mit dem mitgeteilt wird, daß die Frist zur Vorlage der Gemeindeveranschläge und Gesuche um einen Beitrag aus Landesmitteln für das Jahr 1932 bis zum 31. Jänner verlängert wurde. Diese Verlängerung der Frist gilt für alle Gemeinden, welche um einen Beitrag aus Landesmitteln anzufuchen gedenken.

Die Verlängerung der Frist zur Vorlage der Veranschläge und Gesuche wird damit begründet, daß infolge der eben durchgeführten Gemeindevahlen eine Verzögerung der Veranschlagsarbeiten eintrat. Die Bezirksbehörde hat diesen Runderlaß an alle Gemeinden weiterzugeben und für die Gemeinden mit deutscher Verhandlungssprache eine deutsche Uebersetzung beizufügen. Der Erlaß gilt aber nicht nur für jene Gemeinden, wo die Wahlen stattgefunden haben, sondern für alle Gemeinden, und zwar deshalb, weil der Charakter der Agenda es erfordert, daß die Vorlage aller Ansuchen auf denselben Zeitpunkt zusammengebrängt wird. Ueber die Genehmigung der Veranschläge der um einen Beitrag ansuchenden Gemeinden kann nämlich erst nach der Feststellung entschieden werden, ob der bewilligte Beitrag dazu genügt, um den Veranschlag ins Gleichgewicht zu bringen. Die Berechnung der Beiträge kann aber erst nach Vorlage aller Ansuchen durchgeführt werden. Es genügt vollkommen, wenn die Gemeinden ihre Vorschläge und Ansuchen um einen Landesbeitrag in der Zeit vom 15. bis 31. Jänner 1932 vorlegen. Ausdrücklich muß aber darauf aufmerksam gemacht werden, daß auf Ansuchen, die nach dem 31. Jänner 1932 bei der Landesbehörde einlangen, keine Rücksicht genommen werden wird. Wurde gegen den Veranschlag, der um einen Beitrag gemäß § 11, Absatz 2, des älteren Gesetzes ansuchenden Gemeinde eine Berufung eingebracht, so muß die Gemeinde ihr ordnungsmäßig instruiertes Ansuchen um die Genehmigung des Veranschlags, die Bewilligung der Umlagen und die Gewährung des Beitrages — unter Beschluß der eingebrachten Berufung — sofort nach Ablauf der Berufungsfrist der Bezirksbehörde vorlegen, gleichzeitig jedoch unverzüglich den Landesauskunft um die Verlängerung der Frist zur Vorlage des Veranschlags bis zur Erledigung der Berufung ersuchen.

In diesem Falle sind die oben (S. 15) und 16) angeführten Belege nicht den der Bezirksbehörde vorzuliegenden Akten beizufügen, sondern es ist unbedingt notwendig, dieselben als Beilagen dem Ansuchen um die Fristverlängerung beizufügen.

Die Höhe der Beiträge aus Landesmitteln wird gegenüber jenen des Jahres 1931 um ungefähr ein Drittel geringer sein. Die Veranschläge können nur dann genehmigt werden,

wenn sie ausgeglichen sind. Im Falle dieser Ausgleich nicht durch die Gemeindevertretung selbst hergestellt wird, kann die Landesbehörde aufgrund des § 96 des Organisationsgesetzes den Veranschlag ins Gleichgewicht bringen. Gemeinden, die nur um die Bewilligung der Zuschläge, nicht aber um einen Landesbeitrag ansuchen, haben ihre Ansuchen im Wege der Bezirksbehörde vorzulegen und zu denselben Belege beizufügen. Die Bezirksbehörde überprüft das Ansuchen und leitet daselbe, im Falle es ordnungsmäßig instruiert ist und gegen den Veranschlag keine Berufung erhoben wurde, sofort, sonst gleich nach Erledigung der eingebrachten Berufung, an die Landesbehörde. Nicht ordnungsgemäß belegte An-

### Flieger über dem Sechsten Erdteil.

Im „Land der Verdammnis“. — Rindtaufe bei „Gletschers“. — „Graf Zeppelin“ am Südpol. — Amundsens größter Irrtum. — Was nützt uns all das Eis?

Von Gerard A. Friedrichs.

„Land der Verdammnis“ nennt der amerikanische Polarforscher Admiral Richard E. Byrd die Kogbarre, jene gewaltige Eisbarriere, die sich wie ein verriegeltes Tor vor das Land am Südpol legt. Und tatsächlich: der Leser seines neuen Buches „Flieger über dem Sechsten Erdteil“\*) gewinnt aus den lebendigen Schilderungen des Verfassers den Eindruck, daß die Eisbarriere eine unheimliche, unmitelbar gefährliche Gegend sein muß. Die Kogbarre erstreckt sich über viele Hunderte von Kilometern. Das gewaltige Eismassiv erhebt sich dränend einige Tausend Meter hoch über dem Spiegel des Südlischen Eismeeres. In dem Buche Byrds ist ein Bild zu finden, das die „City of New York“, eins der drei Expeditionsschiffe, an der Kogbarre verankert zeigt: ein schwarzer kleiner Punkt an einer riesigen, übermächtigen Eisbarriere, immer in Gefahr, von den unberechenbaren Nachbarn in Atome zerquetscht zu werden. Ist wurden die Forscher durch donnerndes Getöse beunruhigt, das selbst die an härteste Geräusche gewöhnten alten Soldaten unter ihnen recht überraschte. Das war jedesmal die Kull, die bei der Geburt eines neuen „Gletscherföhrens“ gespielt wurde. Von Zeit zu Zeit lösten sich von der Barriere riesenhafte Teile mit einem Gewicht von Tausenden von Tonnen und fallen in das Meer, auf dem sie nun weiterstürmen und vor allem den Walfängern große Sorgen machen.

Byrd's zweites Schiff „Boling“ wurde eines Tages glücklicherweise nur von einem kleinen Teil einer solchen abgebrochenen Schneeflocke „besucht“. Die schweren Brocken schlugen das Schiff beiseite in den Grund; einige der Teilnehmer stürzten in das eiskalte Wasser. Es gelang in letzter Minute, die wunderbare Weise nicht ernsthaft Verletzten zu retten. Die Antarktis erweist das Fehlen feindlicher Menschen allen rechtlich durch die um so schonungslosere Wut der dämonischen Natur. An 14 Reisetagen herrschte eine Temperatur von —40 Grad, an 62 Tagen —45 Grad, an 33 Tagen —51 Grad, an drei Tagen sogar —56,7 Grad. Bei dieser Grundleistungen

geföhrt der ausgehauchte Atem mit einem Geräusch, wie wenn Wind über kornigen Schnee streift. Die Petroskanlampen erlöschen, obwohl sich kein Lüftchen röhrt. Stundenlange Schneestürme überschreiten oft sogar den Höchspunkt der Beobachtungskala, die sich von Null bis 120 oder 130 Stundenkilometer abläuft. Die Windmesser verzeichnen Stöße von 300 Stundenkilometer Geschwindigkeit. Gegen diese Wut der Elemente vermag der beste Flieger nichts auszurichten, und wehe ihm, wenn er in einen solchen Wirbel des Verderbens gerät. Byrd und seine Piloten können — ihre Leichtigkeit in allen Ehren — doch von Glück sagen, daß sie dem Südpol mit beider Haut entronnen sind.

Welchen Zielen strebe nun eigentlich die Expedition Byrds zu? Wie war sie ausgerüstet, um ihre Aufgaben erfüllen zu können? Wir sprachen schon von den zwei Schiffen, die Mannschaft, Ausrüstung und Vorräte in das „Land der Verdammnis“ beförderten. Im Südlischen Eismeer angefangen, errichteten die Forscher auf der Kogbarre

#### Die einkaufste Stadt der Welt: „Neinamerika“.

Eine eigene große Frunkanlage steht ihnen zur Verfügung. Häuser, Zelte und Schneegänge werden gebaut, nicht zu vergessen Ställe für die Hunde und Schuppen für die Flugzeuge und den Raupenschlitten. In diesem südlischen Ort des Erdballs geht es zeitweise sehr gemütlich zu, wenn man vom Schmelzen absieht, um mit dem Bekannten deutschen Sprichwort zu reden. Frostbeulen sind trotz aller warmen Bekleidung und trotz qualmender Dafen „natürlich“ an der Tagesordnung. Aber es gibt auch manchen frohen Augenblick, so z. B. Samstag, wenn über die amerikanische Zender wohlgemeinte feierliche Ansprachen an die „Leidenden Seiden“ erdnen. Sie veranlassen Byrd zu bissigen Bemerkungen über rührlig schmalzigen Schmus, der nicht ins raube Südeis gehöre. Aber wahrhaft erhebende Stunden erleben die Forscher, als sie sich mit dem „Grafen

\*) Richard E. Byrd: „Flieger über dem Sechsten Erdteil. Keine Südpolexpedition 1928/30“. Mit 75 Abb. und 2 Karten. Geh. R. 10,50, Ganzl. R. 12.—. Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig.

suchen hat die Bezirksbehörde ohne Verzug der Gemeinde zur Ergänzung, unter Anführung der notwendigen Ergänzungen, zurückzustellen. Die Bezirksbehörde bestatigt auch den ab 14 angeführten Beleg und stellt ihn der Gemeinde zurück.

In jenen Fällen, wo die Gemeinden aus Ortschaften bestehen, die selbständig Ortsveranschläge verfassen, haben dem Landesauskunft gleichzeitig die Veranschläge der politischen Gemeinde und aller Ortschaften ordnungsgemäß vorzulegen und behandelt (nach der Belehrung des Landesverwaltungsamtes, Runderlaß vom 20. April 1922, Nr. 148.990/21/II) vorzulegen. Das hat auch dann zu geschehen, wenn auch nur in einer einzigen Ortschaft Zuschläge eingehoben werden, welche die Genehmigung des Landesverwaltungsamtes erfordern.

Zeppelin“ während seiner Weltfahrt unterhalten. Für jeden einigermassen phantasiebegabten Leser muß die Vorstellung von besonderem Reiz sein, wie die fern am Südpol freitenden Forscher aus den Mitteilungen ihrer deutschen Kollegen in warmen, sonnigen Breiten großen Hoffnung und neuen Mut für ihre eigene Arbeit schöpfen.

Das wissenschaftliche Hauptziel der Expedition Byrds war nicht, den Südpol im Flugzeug zu erreichen, sondern vom südlischen Erdteil so viel wie möglich geographisch und geologisch zu erkunden. In einem tollkühnen Flug,

#### mehr als einmal dem Tode nahe,

erreicht Byrd mit seinen Geföhrien glücklich den Ort, wo es nur eine Richtung gibt, nämlich die nach Norden, und sagt dem Rumpelstilz seiner Nordpolverweberung die Ueberfliegung des Antipoden hinzu. Dennoch ist niemandem zu raten, diesem bewundernswürdigen Wagnis gegenüber nun von einer „Eroberung des Südlandes“ zu reden. Der Admiral, dessen Beiseidenschaft den Leser schon in seinem früheren Buche „Himmelwärts“ sympathisch berührt hat, tritt auch in dem neuen Rechenheftbericht mit aller Energie und Ehrlichkeit der sensationellen Aufschauung seiner Forschungen entgegen, in der besonders die amerikanische Presse wirklich Großartiges geleistet hat. Er gibt zu, daß er ohne die Männer, die ihm den Weg bereitet haben — u. a. der Deutsche Dr. G. — niemals seine Expedition bis zum glücklichen Ende hätte durchführen können. Er bittet die Zeitungen, nicht immer von der „Eroberung des Südlandes“ zu reden. Es war, schreibt er, noch nicht erobert. Wir haben nur „einen Zipfel des gewaltigen Schmelzes gelöhrt“. Er dankt in dem Buche auch seinen Geföhrien, die ihm bei seinen Aufgaben geholfen haben, und sagt, daß es ein Jammer wäre, wenn man diesen treuen Kampfgenossen die ihnen gebührende Anerkennung verweigere.

Den Geographen muß in dem hervorragenden Buch „Flieger über dem Sechsten Erdteil“ besonders Byrds Nachprüfung der Forschungen Roald Amundsens interessieren. Byrd hat festgestellt, daß es Amundsens „Carmenland“ nicht gibt. An der Stelle, wo sich das Carmenland befinden soll, dehnt sich nach Angaben Byrds die Kogbarre unabhänger „Südwärts“. „Staubwälder“ oder Luftspiegelungen mögen Amundsen irreföhrt haben. Wir stellen fest, daß sich die Eisbarriere mindestens 120 Kilometer nach Osten fortsetzt“, schreibt Byrd.

Auch der Wirtschaftler braucht nicht verächtlich die Rede über „so viel graue Theorie“ zu rümpfen, wenn er das prächtige Buch des Admirals liest. Glaubt er wirklich, daß seine — des Wirtschaftlers — großen amerikanischen Kollegen, wie

#### Forst, Rodeseller u. a.

ihre Spenden für das Unternehmen ohne Hintergedanken gegeben haben? Die Jagdbente, die den Walfängern allmählich in den südlischen Eisgewässern zufällt, macht schon heute das hübsche Sümmchen von 60 Millionen im Jahre aus. Man vermutet ungeheure Kohlenlager; Kupfer fand man bereits. Im Norden Berge, den Scholleiten auf dem Weg zum Pol überführt, kommt Eisen vor. Nowlan stellte auf Adelsland nühbare Mineralien fest. Die Scottsche Expedition meldete Titan auf der Depot-Insel, die als wunderbares geologisches Museum und mineralogische Schatzkammer geschildert wird. Alles das deutet auf Zukunftsmöglichkeiten.

Die meisten Menschen glauben, Polarforscher führen ein Leben voller Abenteuer und Heldentaten. Tausende bemähen sich, auf neue Expeditionen mitgenommen zu werden; sie fühlen sich zurückgesetzt und ihr Dasein verpöhrt, wenn ihre Wünsche unerfüllt bleiben. Wenn sie ahnten, die Armen... Byrd geht der

#### romantischen Dufels

lächelnd zu Seite. Eine der wichtigsten und dringenden Beschäftigungen der Polarforscher war während längerer Zeit das Schippen von Kohlen. Für manchen Teilnehmer gab es deshalb ein „laterhaftes Erwachen“ denn in der Eisbildung pflegt man das Heidenhafte selten mit Kohlenstücken zu verquiden. Aber gerade mit Kohlen- und Schneeschaukeln nebst verwandten Geräten erfiel man die Siege in Eis“. Jeder, der in der Geschichte der Polarforschungen einigermassen bewandert ist, wird dem ehrlichen Byrd darin recht geben müssen.

## Gerichtssaal

### Kinderauslagen!

Freispruch eines Stiefes von der Notzuchtanfrage.

Prag, 11. November. Bekanntlich sind in Deutschland derzeit mehrere aufsehenerregende Prozesse wegen angeblicher Sittlichkeitsverbrechen an minderjährigen Mädchen anhängig oder bereits erledigt, die ausschließlich auf den Auslösen der angeblich Mißbrauchten beruhen. In einigen Fällen haben sich nun im Laufe des Prozesses oder erst nach dem verurteilenden Erkenntnis diese Auslagen der Hauptgeninnen, die sie hoch und heilig bezeugten und beschworen, als erfunden und gänzlich aus der Luft gegriffen herausgestellt. Es handelt sich nicht so sehr um bemähte und bösmillige Lügen als Erfindungen der Phantasie, die im Pubertätsalter ja besonders intensiv arbeitet, wobei unter Umständen sogar der eigene Vater zum Opfer fiel. Kriminalisten, Juristen und Psychologen haben in der Presse zu diesen Fällen, die auch die breitere Öffentlichkeit eingehend beschäftigten, und zur Frage der Kinderauslagen überhaupt kritisch Stellung genommen.

Bestern stand vor dem Senat des OGH. Tom an ein Fall zu geheimer Verhandlung, der in diesem Zusammenhang interessant ist. Ein Verstorotengraber, der das 66. Lebensjahr überschritten hat, ist angeklagt, zwei Schulmädchen im Alter von zwölf und vierzehn Jahren in den Glockenturm gelockt und dort mißbraucht zu haben. Auch hier gründet sich die Anklage lediglich auf die Aussage der zwei Mädchen; der Angeklagte leugnete jede Schuld. Das Ergebnis des Verhöres, zu dem die Öffentlichkeit keinen Zutritt hatte, war ein Freispruch des großen Angeklagten. Die belastenden Aussagen der Kinder hatten sich als haltlos erwiesen. Ihre schlechten Sittennoten und der Ruf ihrer notorischen Lügenhaftigkeit wies hier allerdings im vorhinein den Weg, doch haben andere Fälle gezeigt, daß auch beste Zeugnisse und musterhaftigste Führung solche Verirrungen der Phantasie im Pubertätsalter samt ihren tragischen Folgen keineswegs ausschließen.

### Klerikale untereinander..

Ein lomischer Presseprozeß.

Prag, 12. November. Bekanntlich herrscht in tschechisch-österreichischer Lager ein scharfer Gegenatz zwischen der offiziellen Parteileitung, deren Sprachrohr die „Dobrá Listy“ sind, und dem durch den „Cech“ repräsentierten Flügel, der dem Erzbischöf stand. Nun hat sich der Abgeordnete der Volkspartei, Rylliver, christlicher Biele voll, bemüht geföhrt, den Bruder in Christo, Religionsprofessor Dr. Zäl, als Redakteur des „Cech“ wegen Ehrenbeleidigung zu klagten. Wolliver war an 30 Jahre selbst Redakteur dieses Blattes gewesen und bekam im Vorjahre plötzlich einmonatige Kündigung. Auf verschiedene Pressekommentare hin ließ nun der „Cech“ durchblicken, daß es mit den Verdiensten des Abg. Rylliver nicht so weit her gewesen sei und er es mit seinen Redakteurpflichten keineswegs so genau genommen habe. Dadurch fühlte sich der Abgeögte an seiner Ehre verletzt und sagte die Redaktion im allgemeinen und den Klerikalen Zäl auch noch als Autor der beleidigenden Notizen im besonderen.

Es war eine vergnügliche Verhandlung, gemüht durch mannigfache Geschicklichkeiten. Seide und giftige Bemerkungen der feindlichen Brüder. So verstieg sich die Verhandlung u. a. auch zu einem Disput, ob die politischen Zeitarikale des Abg. Rylliver oder die Palleitritiken des Herrn Dr. Zäl journalistisch wertvoller gewesen seien. Schließlich wurde aber die klagende Partei freigesprochen, denn das Gericht kam zu der Meinung, daß die Kritik sich im Rahmen des Begründeten und Zulässigen gehalten habe.

### Ein sonderbarer Erpressungsverluh.

Prag, 12. November. Einer, der als Aufseher beim Strahendbau beschäftigt war, bot zwei unbekanntem Bauern „unter der Hand“ für ein Spottgeld ein Quantum Granit-Plasterwürfel an, damit sie billig ihren Stall neu pflastern könnten. Er hatte also öffentliches Gut, das ihm anvertraut war, zu eigenem Vorteil veräußern wollen, was ihm freilich nicht gelang, weil die beiden zu ängstlich waren und lieber auf das Geschäft verzichteten.

Als er kurz nachher entlassen wurde, kam er auf den sonderbaren Einfall, diese mißglückten Offerten zu einer kleinen Erpressung zu verwenden. Er schrieb den Bauern, die ihn gar nicht näher kannten, Briefe, die voll geheimnisvoller Andeutungen von „gemeinamen Diebereien“ waren und verlangte pro Mann 50 K. „Schweigegeld“. Die Adressaten, die an einem Schweigen natürlich nicht das mindeste Interesse hatten, übergaben die Briefe der Gendarmerie und der Schlaupol wurde verhaftet. Er war gänzlich und kam angeklagt der Dummheit des Anstößes bei der heutzutage Verhandlung vor dem Senat des OGH. Maryslo mit einem Monat strengen Arrests davon ab.





# PRAGER ZEITUNG.

## Vorläufig keine Verteuerung der Fahrkarten auf der Elektrischen.

Die Direktion der städtischen elektrischen Bahnen in Prag hat der Prager Gemeinde eine Bilanz vorgelegt, aus der hervorgeht, daß den elektrischen Bahnen im nächsten Jahr die Gefahr der Passivität droht. Zur Behebung dieser Schwierigkeiten wurden Vorschläge gemacht, die auf eine Erhöhung der Monatskarten der verschiedenen Kategorien auf der Straßenbahn in Prag hinauslaufen. Die Nachricht von der beabsichtigten Verteuerung hat die Bevölkerung unorgemäßig in Aufregung versetzt und es wurde darauf hingewiesen, daß die finanzielle Lage der Elektrischen sich durch Preiserhöhungen nicht bessern, sondern zu einer Einschränkung des Verkehrs führen werde.

Der Klub der sozialdemokratischen Gemeindevorteiler Prags hat sich in einer Sitzung, zu der auch die neugewählten Gemeindevorteiler eingeladen worden sind — auch Genosse Doktor Strauß war in der Sitzung anwesend — mit dieser Frage beschäftigt und die Verteuerung der Fahrkarten auf der Prager Elektrischen abgelehnt. Der Verwaltungsrat der elektrischen Bahnen in Prag hat infolge des Widerstandes der sozialistischen Parteien gegen den Antrag der Straßenbahndirektion die ganze Angelegenheit vorläufig vertagt und die Direktion der Straßenbahnen aufgefordert, neue Anträge einzubringen. In der Sitzung wurden verschiedene Anregungen gegeben, das finanzielle Gleichgewicht der Straßenbahnen in einer Weise herzustellen, daß nicht die wirtschaftlich schwächeren Schichten getroffen werden. Auch der Antrag der Ministerien auf Einführung eines Doppeltarifes — 1 Kč für die nähere, 2 Kč für die weiteren Entfernungen — wurde abgelehnt, weil das eine Belastung der Vorstadtbevölkerung, also wirtschaftlich schwächerer Schichten darstellt.

## Kunst und Wissen

**Morgen, Samstag, Erstaufführung: „Caramba“** oder „Dolores und die Parallelen“, eine Operette mit Hindernissen von Dea und Hernandez, bearbeitet von Haberer-Delesco und Dalton, mit Gesangstücken von Dalton und Musik von Dreanmann. In den Gesangspartien dieser Operette sind beschäftigt: Galowanic, Medelky, Meller, Gök, Jantich, Zeitgely, Nishling, Kössner, Schindler, Teub, Weil. Inszenierung: Max Diebl. Bühnenbilder nach Entwürfen von Adolf Wahnle-Dresden. Die Kostüme wurden nach Figuren von Elisabeth von Auenmüller-Dresden in den eigenen Werkstätten unter Oberleitung von Frau Trude Volkner angefertigt. Beginn der Erstaufführung um halb 8 Uhr (II-III). Erste Wiederholung: Sonntag, halb 8 Uhr (II-IV).

**II. Philharmonisches Konzert:** Freitag, den 20. November. Dirigent: Georg Sjöll. Als symphonisches Hauptwerk gelangt die seit einer Reihe von Jahren in Prag nicht mehr gehörte III. Symphonie von Brahms zur Aufführung.

**Die Prager Erstaufführung der neuen Oper „Das Berg“,** deren Uraufführung gestern in Berlin und München stattgefunden hat, ist bereits für den 20. November angesetzt. Musikalische Leitung: Georg Sjöll. Inszenierung: Oscar Fris Schab. Bühnenbilder: Emil Prehan-Berlin. In den Hauptpartien der Oper werden Kretzer, Rohrer, Schönauer, Bood, Fuchs und Helm beschäftigt sein.

**Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.** Freitag, halb 8 Uhr (II-III): „Madame Favart“. — Samstag, halb 8 Uhr (II-III): Premiere: „Caramba“. — Sonntag, 11 Uhr: Kommerzmusik; halb 3 Uhr, Arbeiterdarstellung: „Cäsar und Cleopatra“; halb 8 Uhr (II-IV): „Caramba“. — Montag, halb 8 Uhr (II-III): „Ein Rasenball“.

**Spielplan der Kleinen Bühne.** Freitag, 8 Uhr (Abend): „Rina“. — Samstag 8 Uhr: Gastspiel Pepi Kromer-Glöckner: „Das Märchen von der Fiebermaus“. — Sonntag, 3 Uhr (Abend): „Der Mann, den sein Gewissen trieb“; 8 Uhr: Gastspiel Pepi Kromer-Glöckner: „Das Märchen von der Fiebermaus“. — Montag, halb 8 Uhr (Abend): „Der Mann, den sein Gewissen trieb“.

## Der Film

### Reaktionäre Zensur.

Der Film „Berlin Alexanderplatz“ nach dem Roman von Alfred Döblin ist verboten worden. Was kann an diesem Film „schädlich“ sein — wie der im Tonfall unüberhörbare Ausruf: „Was ist das für ein Film?“ — Was will das Buch und damit der Film zeigen? Kein Spiel der Willkür, die der arbeitenden Klasse vorenthalten und geraubt werden, kein verblödeter und gedankter Luxus wieder gezeigt, es agiert keine Schmeichelei, die nur den wenigen Glücklichen — lies im Dargon der Rube und Ordnungsbewahrer „Bermüdenen“ — vorbehalten und reserviert ist. Keine abstrakte Schönheit will hier die Macht der Willkür und der ausgenommenen Klasse der Reichen einreden, daß es auch für sie das Leben und die Freude, das Wohlfühlen und die Schmeichelei der Reichen gibt — was sie

schon nicht auf ihrem Lebensplan haben —, sondern Döblin will in seinem Buch ein Schicksal schildern, das dem des Schusters Bogt aus Judamayra „Hauptmann Advena“ verleiht: den aus der Haft Entlassenen, der mit der ehrlichen und wahren Absicht in die Welt der „Freiheit“ des Bürgerturns tritt, das so beliebte und warm propagierte „neue Leben“ zu beginnen und der nun an seinem eigenen Weis erfahren muß, daß dieses „neue Leben“ eigentlich nur für Leute existiert, die es gar nicht brauchen, die sicher und satt einbereschreiten und mit den Soldaten ihres wohl abgewogenen Zeins auf den Wunden der vom Gesicht Verletzten trampeln. Anfangs, so anfangs gelangt ihm das Wunder der Existenzgründung, da man ihn noch nicht kannte, aber dann kommt „es“ auf ihn mit Betrug und Täuschung; er liebt und kommt wieder hoch; „es“ lebt aber wieder und stößt ihn weiter auf die Arde, „es“ scheint ihn schon erledigt zu haben, er liegt schon sozialogen frod-out, geprügel von der Ordnung, in die er sich so gerne drängen möchte; da geschieht das Wunder; er findet „Genossen“, Werkstätte, er kommt zum Bewußtsein, daß er nicht allein ist in dieser Welt der Dredts, er findet

Freitag, den 13. November 1931, um acht Uhr abends im Hotel „Monopol“

## Vortragsabend.

Thema: „Familien- oder Heimziehung“. Vortragende: Genossin Maria Deutsch, Mitalied der Böhml. Landesvertretung. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht. Der Arbeiterverein „Kinderfreude“. Das Frauenbezirkskomitee.

wieder Arbeit und lernen verstehen, warum er bisher stürzen mußte, warum es ihm bisher nicht gelingen konnte, Fuß zu fassen in der Welt der „Ordnung und Ruhe“, in dem Schein, wo man zu arbeiten wähnt. Und so wird diese Figur des Franz Biberkopf von Berlin-Alexanderplatz zum Kollektivisten, zum Beispiel der proletarischen Solidarität —

Deut ist es heraus: Das darf natürlich in der wahren und fest verankerten Demokratie nicht gesagt werden. Guck, die Herren der Zensur können so etwas gar nicht verstehen; sie sind doch in der Mehrzahl wohlhabende Ministerialbeamte, deren feudere und geheizte Amtsräume diese Geschehnisse weit von sich weisen. Sollten sie wirklich so weit denken können, daß der Reich nicht nur auf sich allein und die bürokratische Gnade angewiesen ist? Nein, denn dann wären sie doch keine brave Zensur, die mit Herrn Hrkal den Standpunkt vertritt, daß auf diesem Wege so lange gearbeitet werden muß, bis unsere Ueberschweis in einen einzigen Blumengarten verwandelt werden wird! So und nicht anders muß es sein: die beamtete Willkür leistet sich immer wieder die gleiche Provokation, daß sie dem Volk nicht das höchste Wahrheit erlaubt, die doch in unserer Geste und Literatur immerhin möglich ist. Der Zensurstab des unendlich wichtigen Bildungsmittel des Films leugnet einfach die soziale Bewegung; er leugnet ihre Existenz überhaupt und was immer einer der Millionen Iseholokaten, die sich zum Sozialismus bekennen, über seine Weltanschauung im Film äußern oder gar nur andeuten will, das wird ebenso ausgemerzt wie die Verurthe des Landts, den Weg zu den Verklügten auch endlich im Film zu finden. Vazissismus im Film verboten; Sozialismus im Film verboten; Wahrheit im Film ist verboten; Realität im Film verboten; uns bleibt eben nur eines: im Takt der Drei-Quartel-Werke daran zu arbeiten, daß die Volksvertretung endlich mit dieser kultur-schändenden Praxis, mit dieser bürokratischen aller hier gewiß nicht seltenen Willkür Schluss macht; daß Parlament wurde schon einmal über diese Verdummungsmethoden unterrichtet; man wird ihm den neuen Stoff nicht vorenthalten. Walter Lutzig

## Sport • Spiel • Körperpflege

### Die schlechten Arbeitssportler.

Der bürgerliche Sport ist eifrig bemüht, durch Stillschweigen seine Anhänger über die Spießbüchse des Arbeitssportes im unklaren zu lassen. Auch die Presse des Bürgerturns hat in diesem Falle die Jugend des Bürgerturns getäuscht. Hat man doch sogar das große 2. Arbeiter-Olympia nicht nur in der Tagespresse, sondern auch in dem offiziellen „Sportblatt“ (Reichenberg) mit Stillschweigen übergegangen.

So still man ist, wenn es sich um die Arbeitssportbewegung handelt, so schnell taucht man bei den Bürgerlichen auf, wenn ein Arbeitssportler einmal bei einem ihrer Sportvereine auftritt. Wir erinnern hier an die Anpreisung Bachmanns und Kleemms aus Wien (der aber nun in Ungnade gefallen ist), die seinerzeit zu den Besten avancierten. Nun bestreitet auch der Turnier SA wieder, daß die Arbeitssportler über sehr gute Kräfte verfügen. Der Mittelärmer von Weiskirchitz ist bei Turn gelangt. Welche Rote ihm gebührt, darüber haben Spielstätten hinlänglich Auskunft. Sie waren nicht immer sehr schmeichelhaft. Das oben zitierte „Sportblatt“ schreibt aber:

Turn scheint nun endlich in ... einen vollwertigen Erfolg für den langjährigen Sturmführer ... gefunden zu haben. Er verstand es sehr gut, seine Außenstürmer in Front zu bringen,

land allerdings bei seinen Verbindern nicht immer das rasche Verstehen für seine klugen Angriffszüge ...

Unsere Bürgerlichen, die von den Arbeitssportlern nichts hören möchten, scheinen gar nicht zu wissen, wach ein arbeitsloses Zeugnis sie sich selbst ausstellen. Denn ähnlich liegen die Verhältnisse in Dux, Kuffig, Bodenbach, wo man sehr gern die Hilfe der Arbeitssportler annimmt, um eine bessere Position bei den Parteifunktionen zu erlangen.

Wir ersuchen alle unsere Vereine, immer sofort zu berichten, wann sich solche wie oben angeführte Fälle ereignen.

**Aus dem Arbeitsprogramm unserer Turner.** Eine sehr gut besuchte Vorturnerstunde hielt am Sonntag, den 8. d., der J. Kreis in Kuffig ab. Der Turnstoff behandelte vor allem den Aufgabenzirkel der Vorturnerschaft in praktischer Hinsicht für die einzelnen Abteilungen. Die anschließende Sitzung gab dann dem praktisch Geübten auch theoretische Unterlagen. So muß überall gemacht werden, geeignete Führer für die Jungturner und Alerturner in größerem Maße als bisher heranzubilden. Eine gewisse Selbstständigkeit, besonders der Jugendabteilung muß Platz greifen. Die roge Aufgabe liegt, daß die Bezirksleiter bereit sind, mit allen Kräfte für die Bewirtung einzusetzen. Zwei Arbeitstreffen im kommenden Jahre, die festlichen Charakter besitzen sollen, werden bereits zigen, inwieweit die Idee sich durchsetzen hat.

Eine große Aktion führt derzeit die Bundesleitung unserer Arbeitsturner durch. Sämtliche Vereine werden besucht und ist damit eine Vereinskontrolle verbunden. Diese hat den Zweck, eine Uebersicht zu erhalten, wie die einzelnen Vereine in organisatorischer Hinsicht bestellt sind. Dadurch soll auch erreicht werden, daß die Vereine mit der Bundesleitung in persönlichen Kontakt kommen. In Mähren, Schlesien und Oßböhmen wurden bereits die meisten Vereine besucht, kontrolliert und beraten. Manche Mängel, die besonders jetzt für das Vereinsklofen von Vorteil sind, konnten gegeben werden und wurde von den Betreibern diese Aktion allgemein anerkannt.

### Bürgerlicher Sport.

**Wienna Wien — Nitropa-Cup-Zieger.** In dem am Donnerstag in Wien aufgetragenen zweiten Endspiel Wienna-WAC blieb wiederum Wienna knapper Sieger mit 2:1 (2:0) und Gewinner des Nitropa-Cup

## Aus der Partei

### Jugendbewegung.

**S. J. Prag, Gruppe I.** Heute 20 Uhr im Verein deutscher Arbeiter letzter Abend unserer Arbeitsgemeinschaft: „Religion, Kirche, Sozialdemokratie.“ — Sonntag Wanderung, Treffen halb 10 Uhr Endstelle der 10er in Wschowitz.

**S. J. Prag, Gruppe I.** Wir veranstalten am 18. November in der Sec einen roten Abend. Auf dem Programm: Rezitationen, Lyne aus „Goppla, wir leben“, Musik, Bildbilder. Beginn 8 Uhr abends. Gäste willkommen.

**Note Falken, Prag (Horde I — Hofbauer).** Der Weihnachtsmittag beginnt am Samstag punkt drei Uhr. Erscheint alle, damit wir endlich mit den Proben beginnen können. Monatsbeiträge werden schon ab halb 3 Uhr entgegengenommen. Die Kassa und Bilderzeigungen nicht vergessen. Verständigt alle. Freundschaft! Die Nordleitung.

## Vereinsnachrichten

**Winter-Touristik.** Die Bezirksleitung für Arbeiter-Wintertouristik Kuffig veranstaltet auch heuer wieder je einen Skifurs für Anfänger und Fortgeschrittene im Gebiete Rollendorf. Desgleichen ist ein Skifurs für Kinder geplant. Die Skifurs werden bei Eintritt günstiger Schneeverhältnisse (voraussichtlich anfangs Dezember) abgehalten, doch sind die Meldungen bereits jetzt bei den einzelnen Ortsgruppen, bzw. Winterpartifunktionen, oder bei Gen. Jangel (Geschäftsstelle Kuffig, Marktplatz 11) vorzunehmen. Einschreibgebühr 3 K für Mitglieder und 5 K für Nichtmitglieder. — **Achtung!** Bor-anzeige! Am Sonntag, den 3. Jänner 1932 findet beim Schützenhaus in Rollendorf ein Bezirks-Winterpartitreffen statt. Skilauflauf, Langlauf, Mannschaftslauf und Fuchsjagd sind vorgesehen. Nähere Weisungen ergehen nach Wir ersuchen aber bereits heute alle Ortsgruppen und Vereine, sich diesen Tag freizuhalten und das Treffen bestimmt zu beschiden.

## Literatur

**Friedloles Afrika.** Ein Weiser, der sich offen und uneingeschränkt zu seinen schwarzen Brüdern bekennt, wird auch heute noch als gefährlicher Rarr angesehen. Fredrik Paxelius, der Autor des von der Büchergilde Gutenberg, Berlin, herausgegebenen Romans „Friedloles Afrika“ (in Leinen 3 Mark), gehört zu diesen „gefährlichen Rarren.“ Er trat lange vor dem Kriege in belgische Dienste und verwaltete ein großes Gebiet der Kongofolonie. Aber er war kein Unterdrücker, der seine Untergebenen schändet, um Karriere zu machen, er lernte vielmehr sehr bald die Eingeborenen schätzen und — lieben. In langen Jahren hat er das Leben

## 1918-1931.

### Bier Diskussionsabende

veranstaltet von der Bezirksorganisation Prag der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der Sozialistischen Jugend, Gruppe II. Es sind folgende Abende vorgesehen:

Mittwoch, 18. November: Die Umgestaltung Europas durch den Weltkrieg. Referent Gen. Dr. Franzel

Mittwoch, 25. November: Die ökonomische Entwicklung von 1918 bis 1931. Referent Gen. Dr. Strauß

Mittwoch, 2. Dezember: Die Entwicklung der Arbeiterbewegung von 1918 bis 1931. Referent Gen. Dr. Wiener

Mittwoch, 9. Dezember: Die Tschechoslowakei 1918 bis 1931. Referent Gen. Abg. Jalsch.

Die Vortragsreihe soll einen Ueberblick über das politische, wirtschaftliche und soziale Geschehen der jüngsten Vergangenheit und damit eine Einführung in die aktuellen politischen Probleme gewähren. Die Teilnahme wird daher besonders den weniger geschulten Genossen empfohlen.

Alle Diskussionsabende finden im Gewerkschaftshaus auf dem Perstyn um 20 Uhr statt.

Gäste können von Parteimitgliedern eingeführt werden.

der Bewohner Afrikas aus eigener Anschauung kennengelernt, ihre große Verbundenheit mit der Natur, ihre Geschichte und ihre Gewohnheiten. Sein Roman folgt die weisse Zivilisation an, die das alles zerstört, ohne etwas Besseres an ihre Stelle zu setzen, und die auch nicht davor zurückschreckt, die vor ihr stehenden bis in die entlegensten Schlupfwinkel zu verfolgen. Der Roman „Friedloles Afrika“ ist die Geschichte einer solchen Fahrt und Eroberung. Ein Stamm, ein leeres freies Dorf sieht sich immer weiter in den Urwald zurück, immer wieder angetrieben von der Hoffsch, daß die Weissen mit ihren Soldaten näher rücken. Trotz des anstehen Toseins haben sich urwäldt Sitten und Gebräuche erhalten. Wir erfahren von dem Familienleben der „Schwarzen“, von den kleinen menschlichen Komödien und Tragödien und kommen so zu einem Uebersicht über das graunige Geschehn. Mehr als die Fabel des Romans fesselt der Reichtum an höflichen Episoden, an sprachlichen Schönheiten. Fredrik Paxelius liebt sich in die prachtvolle Bilderprache der Afrikaner ein und versteht sie magvoll anzuwenden. Er schreibt nicht wie ein fühl beabsehender Fortsetzer, sondern er ist ein Dichter unter Menschen, denen das Raufen der Bäume mehr bedeutet als ein Wissen von Zahlen. Der Fortsetzer, der zugleich ein Waffenschmied ist und bei feiner Arbeit singt, gelang ihm deshalb auch am besten unter all den Gestalten dieses Romans, in dem Menschen und Tiere einander verstehen, in dem Hoerzgeflügel und Urtiere erscheinen, seltsame Nabelwunden und einfache Menschen, deren Tan und Lachen uns daran erinnern, wie weit wir uns von den Selbstverständlichkeiten der Natur entfernt haben. Das Buch enthält noch eine zweite Erzählung: „Schwarze Legende.“ Paxelius baut hier keinen so großen Hintergrund und kein so breites Geschehen auf. In dieser Erzählung berichtet er eigentlich nur von dem Liebeserlebnis eines weissen Mannes mit einer schwarzen Frau. Aber noch mehr als in dem Roman „Friedloles Afrika“ erweist uns hier der tragische Versuch eines guten Menschen, die brutale Schranke zwischen den Rassen wegzuräumen und die menschlichen Herzen einander näher schliessen zu lassen. Diese Erzählung gehört zum Schönen, was jemals geschrieben wurde

Arbeiter, kümmert euch um eure Jugend! Unterstützt die Kinderfreundebewegung und die Jugendorganisation.

Der Sozialismus beginnt nicht in der Versammlung, sondern in der Familie!

## KINO-PROGRAMM

vom 12. November bis 19. November 1931.

**Wran-Urania-Kino**  
Cinemas Cinema und Prag  
Vielfachen Wünschen entsprechend wird  
„Das Land des Lächelns“  
mit Richard Tauber von Freitag an wiederholt. Herrlich klingt seine einzig schöne Stimme in diesem Tonfilm.

## Wo verkehren wir?

Café „Continental“, Prag, Graben

Gastwirtschaft  
**LIDOVÝ DŮM**  
(Gen. Wilhelm Opstrop)  
Täglich Konzert. PRAG II., Hyberbaska Nr. 7.